

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
und Frauenwelt und Jugend einschließlich Beigabe monatlich 80 Pf.
Für die Post bezogen vierjährig. Nr. 2.75, unter Kreisbund für Deutschland und
Österreich-Ungarn N. 5. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die eingeholte Zeitung mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinanzeigen 25 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 272.

Dresden, Montag den 24. November 1913.

24. Jahrg.

Nächsten Mittwoch und Donnerstag sind die Stadtverordneten-Wahlen.
Arbeiter, Genossen! Sorgt für starke Wahlbeteiligung!
Gewählt wird von 10 bis 4 Uhr. Am Mittwoch wählt die 2. Altersklasse, am
Donnerstag die 1. Altersklasse.

Am Dienstag findet vor dem Reichsmilitägericht
die Reichsverhandlung im Prozeß der Erfurter Re-
septen statt.

Die Ziffer der Arbeitslosen in Groß-Berlin
ist auf 100 000 gestiegen.

Die in der Fabrik-Affäre verhafteten Rekruten wurden
entlassen, der Feldwebel blieb in Haft.

Der Führer der Ortsgruppe Joppo des Jung-
deutschlandbundes wurde wegen Stillschweigungs-
vergehens, begangen an Jungdeutschlandbündlern, zu acht Monaten
Haft verurteilt.

Wiederbeginn des Reichstages.

Die im Juli durch Vertagung abgebrochenen Reichs-
verhandlungen werden am Dienstag wieder aufgenommen.
Die im verfassenden Reichsdeputen finden den Haushalt
für 1914/15 vor, dessen erste Verhandlung bereits in der ersten
Dezemberwoche erfolgt soll. Es ist ein Voranfang des Reichs-
haushalts, der sich von seinen Vorgängern nur dadurch unter-
scheidet, daß der Militärkreis infolge der letzten großen Rüstungs-
verschwendungen ganz ins Kolossal emporwächst, während die
landlichen und fahrlässigen Aufgaben des Reiches nach wie vor
ähnlich eingeschränkt bleiben. Außerdem wird
im Beginn der neuen Reichstagssitzung der sozialdemokratische
Zentrum in der Arbeitslosenfrage erfolgen, der Versuch, die
Abwendung von Mitteln des Reiches zur Wilderung eines
inneren Nebel dieses kapitalistischen Betriebs durch-
zuführen. Das sind die Zeichen, unter denen die deutsche Volks-
bewegung ihre Arbeit aufnimmt; dort die militärische und
imperialistische Reaktion, deren Gewalt alle kapitalistischen
Klassen auf die Seite zieht — hier der Sozialismus, der
die superlative geistige und kulturelle Entwicklung der arbeitenden
Klassen als unerlässliche Aufgabe der Gegenwart fordert

zu fordern.

Der neue Tagungsbereich des Reichstages — der dritte
bei den Wahlen vom 12. Januar 1912 — wird voransichtlich
ein ähnliches Bild sowohl der Parteiverhältnisse als
auch der Leistungen zeigen wie die vorhergehenden. Es bleibt
der Reichstag der Übergangszeit, der Reichstag der
unentwickelten Schichten, der Reichstag der Reformen in kleinen Dingen und des Still-
standes in den großen Dingen.

Durch die letzte allgemeine Volksabstimmung ist ein

Reichstag geschaffen worden, der in einigen Beziehungen sicherlich

günstiger für die werktätigen Klassen des Volkes ist als

der vorige Reichstag mit seiner clerikal-konservativen Vorherr-
schaft und seiner „Finanzreform“ von 1908. Konservative und
Klerikale sind ein Stück zurückgedrängt. Die Liberalen sind
stärker geworden und die Sozialdemokratie mit ihrer großen
Aktion von jetzt 111 Mitgliedern bedeutet eine Macht und
weibliche Kraft, der sich alle anderen Parteien, so lebt sie sich
leben, zu entziehen nicht instande sind. Liberale und
Sozialdemokraten zusammen können eine Mehrheit bilden zur
sozialkonservativen Klerikalen überzeugen und auch zur „posi-
tiven Arbeit“, zur Hinwegträumung wenigstens der aller-
kleinsten agrarischen und bürokratischen Privilegiengesellschaft.

Es sind in der vorigen Reichstagssitzung — trotz des
überwiegenden der militärischen Anprüfung — immerhin einige
Forderungen durchgeführt worden. Es sind Wahlen, die das
Vollzugsgeheimnis schützen, endlich von der Regierung zugestanden
worden. Es ist für Schöffen und Geiswörter eine Ent-
lastung bewilligt worden. Es ist die Reform der jahnden-
haften Militärjustiz wenigstens in einem wichtigen Kapitel er-
reicht worden. Es ist vor allem verhüllt worden, daß die
Festen der Heeresverbrennungen, wie in den früheren Jahren,
auf die unbemittelten Schichten gebüdet wurden, es ist zum
einen in der Geschichte des Reichs eine nicht unbeträcht-
liche Heranziehung der Wohlhabenden und der Steichen durch-
geföhrt worden. Die Sozialdemokratie war es, die alle diese
Forderungen herbeiführt hat, indem sie auf die anderen
Parteien und auf die Regierung drückte.

Die Sozialdemokratie war aber bei allem auch keinen

Zugeständnis im Zweifel über die Geringfügigkeit des erreichten

Ergebnisses zu dem, was unbedingt erreicht werden mußte,

wenn das deutsche Volk auch nur einigermaßen politisch und
wirtschaftlich emporsteigen soll. Wir sehen bei jeder Reform,
die wir erzwangen, wie unendlich viel mehr Nachständiges

und Volksfeindliches auf jedem Gebiete bleibt. Wenn wir durch
einheitliche Wahlurnen eine Verbesserung im Wahlverfahren
erreichen, mahnt uns doch gerade solcher Fortschritt an
das ganze Elend der politischen Entwicklung, das auf dem
deutschen Volke sowohl in den Einzelstaaten wie in den
Gemeinden lastet, aber auch an die großen Mängel des
Reichstagwahlrechts und noch weiter an die Arbeitslosigkeit
aller deutschen Volksvertretungen, auch des Reichstags, gegen
über der absolutistischen Fürsten- und Regierungsmacht. Wenn
für Schöffen und Geiswörter eine Entlastung gegeben
wird, so erinnert dies daran, wie die heutige Justiz, auch die Loien-
rechtsprechung, fast ausschließlich von Angehörigen der bestehenden
Klasse gelebt wird, wie sie vollstreikt ist und hart und unerbittlich
nach unten, besonders gegen die kämpfende Arbeiterschaft, urteilt.
Wenn die Aufrührparagrafen des Militärstrafgesetzes eine
Widerrichtung erfahren, so bleibt die Barbarei dieses Strafgesetzes
gegen die Söhne des Volkes im bunten Rot für hundert
andere Fälle bestehen und es bleibt das geistige volksfeindliche
System des klassenstaatlichen Militarismus mit seinen Privilegien
für die wohlhabende Oberschicht der Gesellschaft und seinen
Opfern für die arbeitenden Massen. Wenn endlich Besitztieren
zur Einführung kommen, so sehen wir mit Widerwillen, daß
die Milliarden und mehr wiederum für das tolle und un-
erträgliche Weitwirken verwendet, statt daß eine Kulturmilliarde
für soziale Wohlfahrtsweise von Reichs wegen aufgebracht
wird; und wie sehen auch, daß die ungeheure Steuerlast der
Hölle und Verbrauchsabgaben, daß selbst die gebäßigsten
Steuernahmen der letzten Jahre, Lüftsteuer, Kassezzoll,
Zahnsacksteuer und ähnliches, nicht verminder werden. So
hat sich der Reichstag bisher unsäglich erwiesen, dem Fortschritt
und der Freiheit eine Falle zu bauen.

Darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß der
Reichstag in dem neu beginnenden Arbeitsabschnitt besseres
leistet als bisher, oder daß er auch nur wie in den
leichten Jahren einige Schritte vorwärts gelangen wird? Die
Beantwortung dieser Frage hängt ab von den liberalen
Fraktionen — und das sagt alles. Die Nationalliberalen
haben bisher nicht den Mut gehabt, mit der fortschrittlichen
Volkspartei und mit der Sozialdemokratie auch nur milde
liberale und demokratische Forderungen zu vertreten. Die
Nationalliberalen befinden sich in fortwährender innerer Krise,
weil sie fürchten, die breiteren Wählerkreise, die sich durch liberale
Versprechungen gefördert haben, vollaufen zu enttäuschen, und weil
sie andererseits von den großkapitalistischen Elementen ihres Lager-
zusammenschlusses die konservativen Reaktionen politisch gedrängt werden.
Gerade in den letzten parlamentslosen Monaten haben sich die
Anhänger reichlich gemacht, daß die nationalliberalen Frei-
heitsleute wieder einmal gehörig nach rechts fährt. Bald wird
sich zeigen müssen, ob die Nationalliberalen durch ihre Mit-
wirkung bei der Besitzsteuer genug geleistet zu haben glauben
und ob sie jetzt bereit sind, mit den Mittlern und Heiligen
gemeinsam in die geöffneten Arme des Herrn v. Bethmann-
Hollweg zu sinken.

Bedeutsame Auseinandersetzungen stehen im Reichstage
vor. Nicht nur alle die vorhin erwähnten politischen Fragen
werden weiter zur Erörterung und Entscheidung stehen, sondern
dazu noch viele andere: Vorbereitung der Handels-
verträge, Probleme der Sozialpolitik, Arbeiterschutz, Arbeitersicherungswesen, Koalitions-
recht. Es wird sich bald zeigen, ob die Sammelpolitik, die
der Reichskanzler verfolgt, sich mehr und mehr festigt, ob die
Annäherung zwischen Deutschen, Spanien und Basseinmann
sich vollendet.

Wie immer auch diese Parteistellung sich entwickeln
mögen, ob die Phalanx der Rechten zusammen kommt oder nicht,
die Sozialdemokratie wird unter allen Umständen ihr
bestes ausbieten, um, gestützt auf ihr Programm und ihre
Prinzipien, die Gesetzgebung für die entrichteten und wirtschaftlich
benachteiligten Klassen nutzbar zu machen. Ob und inwie-
weit die Sozialdemokratie mit diesem Sieben Erfolg haben
wird, das hängt aber nicht etwa nur von den Entwicklungen der
anderen Parteien ab, sondern vor allem von der Mit-
wirkung des Volkes selbst am politischen Leben.
Die Tätigkeit des Parlaments kann nur dann einigermaßen
erfolgreich andhalten, wenn das Volk selbst mit ge-
spanntester Teilnahme die Arbeiten der Gesetz-
gebung verfolgt, wenn unablässig für Auf-
klärung und Organisation der Arbeiterklasse
Sorge getragen wird, wenn in geeigneten
Stunden die Massen mit ihren Forderungen
und ihrem Willen auf der Bühne der politischen
Kämpfe erscheinen!

Die Arbeitslosigkeit in Großberlin.

Eine Sitzung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.
hg. Berlin, 28. November 1913.

Die Frage der Bekämpfung undilderung der Arbeitslosigkeit
bildete den Hauptgegenstand einer von etwa 1000 Delegierten be-
teiligten Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen
Gehilfvereine Großberlin. Referent war Reichstagabgeordneter
Wolfendurk, der das Problem der Arbeitslosigkeit und die
Forderungen, die an das Reich und die Gemeinden gerichtet sind,
gründlich erörterte.

Im Anschluß an das Referat sprachen sozialdemokratische Ge-
meindevertreter aus allen Gemeinden Großberlins. Dupont
Berlin: Keinesfalls darf die Unterstützung die politischen Rechte
schmälen. Die Gemeinde kann heute einen Unterschied zwischen
Organisierten und Nichtorganisierten nicht machen, aber nachweislich
sind die Unorganisierten meist keine Schädige. Zuflüsse an die
Gemeinden, die die Armenfassen entlasten, sind mindestens ebenso
bedeutend wie die Subventionen an religiöse und andere private
Gemeinden. Der Redner sah die Vergötterung der Arbeitslosen-
versicherung durch die Stadt Berlin und sieht das Vorgehen sibi-
rischen Städte und der bairischen Regierung, die ihnen eine Unter-
stützung zur Arbeitslosenversicherung gewährt, als nachahmenswert hin.
Richter: Charlottenburg: Unsere Stadt ist eine der reichsten, aber
unsere Liberalen wollen von „Almosen an die Sozialbeamten“,
wie sie die Magistratsvorlage angeblich wolle, nichts wissen, obgleich
der städtische Justiz nur 10 000 M. jährlich betrügen und die Ver-
sicherung so eingeschränkt sein soll, daß sie nur den wenigsten Arbeitern
zugute kommen würde. — Grauer: Wittenberg: Wir haben auf
diesem Gebiet trog allem Gemeinden und trog dem durchsetzten Elend.
Besonders der Bauarbeiter, überhaupt noch nichts erreicht. Die Ge-
richtlichkeit Großberlins dient der falsch finanzierten Gemeinde zum Vor-
wand. — Thürow-Reußlin, Auhof-Lantau, Küter-Schöneberg, Laub-
mann-Weißensee, Greizer-Reußlin für die Landgemeinden des Kreises Niederbarnim
gaben weitere Berichte über ihre lokalen Einrichtungen; insbesondere
wurde berichtet, daß der Untergang Reußlins, Großberlin mög-
liche Arbeitslosenfürsorge übernehmen und die Kosten entsprechend der
Steuerverteilung auf die Gemeinden umlegen, zur Verdopplung
verwendet werden. Hierauf wurde einstimmig folgende Reso-
lutio[n] angenommen:

„Die wirtschaftliche Krise, verschärft durch die unfähige Zoll-
politik, Rüstungs- und Kriegsbelastung, hat Qualitätsarbeitende Arbeiter
der Grundlage ihrer Existenz beraubt. Längere Arbeitslosigkeit ist
für die Arbeiterfamilie gleichbedeutend mit Not und Elend. Nicht
wenige Arbeiter verlieren während der Arbeitslosigkeit in den Kampf
des Lumpenproletariats oder werden auf die Bahn des Verbrechens
getrieben. Diesem Nebel entgegenzuwirken, ist eine der dringendsten
Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde. Die beste Hilfe für Arbeits-
lose ist lohnende Arbeit. Die Versammlung fordert daher, daß die
Arbeitslosen, die in nächster Zeit für Reich, Staat und Gemeinde aus-
geführt werden müssen, unverzüglich in Angriff genommen werden.
Ferner sind die Arbeitslosen für die Arbeit nicht zu erlangen ist, zu
unterstützen. Die Versammlung fordert die Schaffung eines Reichs-
gesetzes zur Durchführung einer Arbeitslosenversicherung mit voller
Selbstverwaltung durch die Gemeinden. Die Versammlung fordert
ferner, daß die Gemeinden ohne Verzug ausreichende Mittel zur
Verfügung stellen, von denen Arbeitslose für die Zeit Unterstützung
erhalten, bis eine gesetzliche Regelung durch eine Arbeitslosen-
versicherung herbeigeführt ist. Diese Unterstützung darf nicht den
Charakter der Armenunterstützung mit den rechtlichen Nachteilen
tragen.“

Hast hunderttausend Arbeitslose in Berlin.

Der Vorortrat bringt in der Nummer vom 23. November eine
Übersicht über die Arbeitslosigkeit in Großberlin. Die Berliner
Gewerkschaftskommission hat an einem Tage zwischen dem 10. und
15. November d. J. eine Sitzprobe der Arbeitslosenzahlen vornehmen
lassen. Von den der Kommission angeschlossenen 58 Gewerkschaften
haben 46 — darunter die größten — Angaben gemacht. Dadurch ist
festgestellt, daß von den rund 300 000 Mitgliedern dieser Gewerkschaften
heute rund 25 000 oder 8,2 Prozent arbeitslos sind. Das ist
nur ein kleiner Teil der in Groß-Berlin wirklich vorhandenen Arbeits-
losen. Die erwähnten 300 000 Gewerkschaftsmitglieder bilden ziemlich
genau drei Zehntel aller Beschäftigten. Da die übrigen sieben
Zehntel der Groß-Berliner Bevölkerung mindestens im gleichen
Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen werden wie die Organisierten,
so kann man annehmen, daß zurzeit annähernd 100 000
Arbeitslose in Groß-Berlin vorhanden sind.

Hohn statt Lohn und Brost.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung kommt in ihrer Aus-
gabe vom Sonnabend auch auf die Arbeitslosigkeit und auf die ver-
langte Arbeitslosenunterstützung zu sprechen. Das Regierungs-
organ hat für die große Not unzähliger Arbeiterfamilien aber
nur Worte des Hohns und Spotts. Das Berliner
Arbeitslosen-Unterstützungssystem wird von dem Blatt als
eine wegwerfende Handbewegung abgetan. Es meint: „Eine
gewisse Berechtigung zusprechen könnte man dem System nur,
wenn alle Arbeiter und vornehmlich die ungelarnt haben pro-
fitieren.“ Dann höhnt das Blatt: die Gewerkschaften möchten doch

Rusland.**Ballon.**

Griechen, Bulgaren und Serben.

Sofia, 23. November. Die Regierung rückte am ihre Verantwortung ein. Sie erkannte eine Kürbelskampagne, in der sie darlegte, daß die bulgarische Regierung die griechische Regierung mit einer anderen Kürbelskampagne, entgegen den internationalen Rechtsbestimmungen, Gebrauchen und Konventionen, in der Unabhängigkeit zu halten. Minister des Äußern Glenski habe dem griechischen Geschäftsträger vorgelegten, diese Angelegenheit dem Präsidenten Poincaré zu unterbreiten, und erklärte, Bulgarien nehme im voraus vorbehaltlos das Urteil dieses hohen Gesandts an. Statt einer Antwort, habe die Regierung nur Nachrichten erhalten, denen zufolge mehrere hundert bulgarische Kriegsgefangene, um als Rebellen abgeteuft zu werden, überreisen wünschen feierten, um als Rebellen abgeteuft zu werden. Die Folgen eines solchen Verbrechens würden auf Griechenland zurückfallen.

Sofia, 23. November. Nach einer hier eingelaufenen amtlichen Bekanntmachung hat eine griechische Militärabteilung unter dem Kommando, nach Waffen suchen zu wollen, das bulgarische Dorf Hadzhi Chilif im Bezirk Demir Hisar überfallen, mehrere Ortsbewohner nach schweren Verhandlungen getötet und das ganze Dorf vollständig zerstört. Der größte Teil der Bevölkerung hat sich noch Petris geflüchtet.

Bulgarien, 23. November. Das tschechische Botschaftsamt erhielt, aus entschiedener Nachricht aus Sofia zu demen- deren, daß bulgarische Gefangene, die sich in Monastir befinden, von Griechen ausgeliefert sind. In Monastir befinden sich noch zwei bulgarische Komitatschefs und der Unterleutnant Popoff als Gefangene, die gegen serbische Gefangene, die noch in Bulgarien sind, ausgetauscht werden sollen.

König Ferdinand.

Sofia, 23. November. Die Epoca veröffentlichte eine Proklamation, welche geheim gehalten war und welche der König den Redakteuren übertrug, und in welcher er den Krieg an beide Staaten erklärt. Die Epoca sagt gleichzeitig, daß der König nicht mehr oder weniger zurücktreten werde und der Regierung mittheilen werde, daß er gegenüber den Komitatschefs auf den Thron verzichte.

Epoca behauptet eine Wiener Meldung, daß König Ferdinand, wie oben von österreichischer Seite verbreiteten Gerüchten entgegneten, seinen für längere Zeit geplanten Aufenthalt in Wien aufgeben und wahrscheinlich bereits im Laufe dieser Woche nach Griechenland zurückkehren werde.

Russland.**Die innere Lage.**

Kiewburg, 23. November. Der frühere Dumaabgeordnete Sazanow hat sich auf einer Konferenz der Offiziere in einer Rede gegen die von dem Ministerpräsidenten Koslowez im August angegebenen Erklärungen über die innere Lage Russlands gerichtet. Er erklärte die gesamte Bureaukratie Russlands für ausspielerisch, ihre Auffassung von der inneren Lage Russlands ist stolzen Hohn und für eine Herausforderung, und verneinte, daß die gegenwärtige innere Verwaltung Russlands einer neuen inneren Katastrophe entgegenstehe.

Ein General als Staatsvertritt.

Moskau, 23. November. Das Moskauer Kriegsgericht hat das durchgesetzte getheimte Verhandlung den Chef der Grenzpolizei des Krimgebietes, General Martynow, wegen Preisgabe von Geheimnissen, begangen durch Veröffentlichung einer Broschüre, zur Dienstentlassung ohne Ruhrgeld und Uniform verurteilt.

Alien.

Der russisch-chinesische Mongolienvertrag.

Kiewburg, 21. November. Morgen wird die in Peking am 6. November unterzeichnete Declaration folgenden Inhalts veröffentlicht: 1. Russland erkennt die Suzeränität Chinas über die äußere Mongolei an. — 2. China erkennt die Autonomie der äußeren Mongolei an. — 3. Indem es das souveräne Recht der äußeren Mongolei anerkennt, für die innere Verwaltung des autonomen Mongolei Sorge zu tragen und alle diese Lande bestehenden Sommergerichten und Industrieiungen zu regeln, verpflichtet sich China, in diese Industrieiungen nicht einzutreten. Zugleich werden sowohl Russische Polizeikomitee jede Kolonialisierung der Mongolei verhindern. Deboch wird vereinbart, daß ein von der chinesischen Regierung entstandener Bündnispartner mit dem nötigen Unterpönt und einer Stütze in Urga soll residieren können. Außerdem wird die chinesische Regierung, jenseits nötig, in gewissen Kreisen der äußeren Mongolei, die in dem durch Artikel 6 dieses Übereinkommens vorgesehenen Verhandlungen bestimmt werden sollen, Dienste zum Schutz der Interessen ihrer Untertanen halten können. Russland seinerseits verpflichtet sich, in der äußeren Mongolei seine Truppen außer den Konsulatschancen zu unterhalten, in freiem Teil der Verwaltung dieses Landes einzutreten und sich jeder Kolonialisierung zu enthalten. — 4. China erklärte sich bereit, die guten Dienste Russlands zur Herstellung von Begegnungen zu den äußeren Mongolei anzunehmen, wie sie den hier ausgebrochenen Grundzügen und den Festlegungen des russisch-mongolischen Handelsprotokolls vom 8. November 1912 entsprechen. 5. Fragen, die die Interessen Russlands und Chinas in der äußeren Mongolei berührten und durch den hier neu geschaffenen Standort der Provinz entscheiden sollten, werden in nächstfolgenden Verhandlungen geregelt werden.

Zugleich mit der Declaration, betreffend die äußere Mongolei, werden die am 5. November zwischen dem russischen Gesandten in Peking und dem chinesischen Minister des Auswärtigen geschlossene Abkommen bestätigt, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Die autonome äußere Mongolei wird die Gouvernements umfassen, die unter der Gerichtsbarkeit des chinesischen Amtes in Urga, des Tschakengeneralen in Ujastskai und des Amtes in Khabarovsk gehalten haben. In Abberacht dessen, daß solche genauen Karten der Mongolei existieren und daß die Grenzen der Verwaltungsbereiche dieser Landes unrichtig sind, kann übergekommen, daß die genauen Grenzen Gegenstand sonstiger Verhandlungen sein sollen.

Amerika.

Zwei mexikanische Militärs in die Luft gestoßen. El Paso, 23. November. Wie der Infanterie-General Villa mitteilte, sind zwei Militärs mit 1500 Mann Bundesstreitkräften auf der Straße von Chihuahua nach Juarez, 66 Meilen südlich von Juarez, auf Dynamit-Minen gesunken und in die Luft gesprungen. Viele Soldaten sollen umgekommen sein. General Villa hat Juarez geräumt.

Geiselnahme bei Petroleumgebiet.

Newark, 23. November. Der englische Gesandte Carden forderte den Schutz für die englische Standard Oil Company in Turkestan, wo die Rebellen plünderten und die Verbrennung des Oelverarbeitens. Der Gesandte protestierte gegen die auf Oel erbetene Kriegssteuer von 1% statt für die Zonne, weil dadurch die Standard Oil Company zuviel zu verlieren droht, während die Amerikanische Waters Oil Company an Terrain gewinnt, weil sie rohstoffreiches Öl verbraucht, das steuerfrei ist. Die Standard Oil Company ist jedoch verpflichtet, das angekündigte Oel an dem alten Standort zu liefern. Es besteht bereits lange ein heimlicher Kampf zwischen den englischen und den amerikanischen Petroleuminteressen, der jetzt zum offenen Kulturbau gekommen ist.

Amerikanischer Patrouillendienst an der mexikanischen Grenze.

Washington, 23. November. Das Kriegsdepartement schlägt vor, unbedingt ein Regiment Infanterie zur Abfassung des auf Posten stehenden Artillerie zu entenden, welche den Patrouillendienst an der Grenze übernehmen soll. Infanterie sei ebenso geeignet wie Artillerie, um El Paso gegen einen möglichen Angriff zu schützen oder im Falle eines Aufstehens als Polizei in der Stadt zu dienen, während an der Grenze Verstärkungen durch Kavallerie notwendig wären.

Parteiangelegenheiten.

Einer sonderbaren Urteil.

Bei der Beerdigung einer Genossin in Eisen beteiligte sich der Eisen- und Wädhendorf unter Beteiligung seiner umstehenden Freunde. Weil die Polizei in der Meinung der Fahne das Merkmal für ein „außergewöhnliches Leidbegängnis“ sah, erfolgte Anklage, die vor dem Schöffengericht mit Freisprechung endete. Auf die eingeklagte Vermummung verlieh die Strafammer den ersten Termin, um im zweiten die Fahne auf ihre Staatsfähigkeit in Augenschein zu nehmen. Da diese Baumwollfahne nichts Unfehlbares ergab, weil auch am Grabe keine Sleden gehalten wurden, war mit dem außergewöhnlichen Leidbegängnis nichts zu machen. Da aber die umstehende Fahne auf dem Rückweg den Mitgliedern vorangestrafen wurde, daß sie in diesem Falle eine Strafe von 2 Mark erlitten.

Sozialdemokratische Stimmen und Wahlen in Groß-Berlin.

Die Genossen Ernst, der Vorsteher des Verbandes des Sozialdemokratischen Vereins von Groß-Berlin in der letzten Verbandsversammlung mittheilte, stehen 664 000 sozialdemokratischen Stimmen, 15 000 organisierte Parteigenossen gegenüber. Gewerkschaftlich organisiert, steht es 812 000, so daß circa 200 000 derjenigen nicht politisch organisiert sind.

Gerichtszettelung.**Schöffengericht.****Beleidigtes Militär.**

Das dritte Schöffengericht verhandelte heute vorwiegend wegen Beleidigung gegen unten verantwortlichen Redakteur Genossen Zadok gegen den Verantwortlichen der Dresdener Rundschau, Redakteur Schmitz. Gegenstand der Verhandlung war ein Bericht über eine Militärgerichtsverhandlung in der Nummer vom 5. Juli 1913 unter dem Überschrift: „Ein furchtbare Militärgerichtsurteil!“ In dem Bericht wurde rein referiert eine Darstellung des angeklagten Gardisten Höppner gegeben, der in seiner Zelle alles kurz und klein schlug und damit Todesabschüsse simuliert. Nach seiner Unterredung berichtigte er sich wieder etwas und wurde in eine andere Zelle gebracht. Dort fand ihn der Richter auf. Es heißt darüber in unserem Bericht:

„Wegen Mittag kam der Soldatenchef in die Zelle zu Höppner und befahl ihm, aufzuhören, wenn er mit ihm spreche. Der Angeklagte tat dies, obwohl er in Gedanken versunken in einer Ecke saß und reagierte nicht auf den Befehl, obgleich er vom Richter einige Fußtritte erhielt.“

In einer der folgenden Nummern brachte das Militärgericht eine Verjährungsangabe, worin in Abrede gestellt wurde, daß Höppner vom Richter einige Fußtritte erhalten hätte. Der Richter hätte H. vielmehr nur mit seiner Fußtritte an dessen Stiefelknöpfen gestochen, um ihn aufzuwecken. Wir brauchten diese Fußtritte nicht zu dem Befehl, der obwohl er vom Richter einige Fußtritte erhielt, nicht begründet wurde, daß ein Richter eine menschenunwürdige Behandlung sei. In diesem Artikel wird die Beleidigung darin erblickt, daß der Verfasser den von uns beschriebenen Fall als ein Beispiel einer menschenunwürdigen Verhandlung bezeichnet hätte.

Zu der Verhandlung gegen die beiden Rebellen wurden der in Arago kommende Sachbearbeiter, Richter und der Gardist Höppner (letzterer unter starker militärischer Bedeutung aus dem Zeitungsgesetz führt) als Zeugen verhört. Da sich der Richter der Dresden Rundschau bei dem Obersten des Regiments mit einer Rücknahme des Strafantrags beschäftigte, begann die Verhandlung mit Vergleichsvorstellung, die aber zu einem Ergebnis führte. Der Richter befand, er habe dem Gardisten keine Fußtritte gegeben und dieser hätte auch nicht in Gedanken versunken in einer Ecke gesessen. Beimde habe H. lang ausgestreckt gelegen und sich schlafend gestellt. Er habe ihm direkt deshalb aufzutreten worn, was H. aber nicht reagierte. Nun habe er — um ihn zu wecken — mit der Fußtritte einige Male an die Fußknöpfe gestochen.

Diese Darstellung wurde auch von dem Zeugen Höppner bestätigt. Der Zeuge befand seinerseiter, daß er keine Schmerzen dabei empfunden hätte. Nach der Verhandlung konnte somit von einer Handlung nicht gesprochen werden, wenn auch nicht zu verneinen ist, daß bei der unbedeutlichen Erörterung dieses Vorfalls in der Militärgerichtsverhandlung leicht der Eintritt einer solchen erwidert werden könnte. Das brachten auch die beiden Richter und der Vertreter des Generalstaatsanwalts Siebzehn zum Ausdruck.

Das Urteil lautete auf je 100 Mark Strafe und Publicationsbefreiung.

Aus aller Welt.**Klasseneinteilung im Wasserloft.**

Was man auch vom heutigen Preußen-Deutschland sagen mag: in seinem Deimilien, das geheime Reich in einem vormärzlichen Zustand zurückzuwerfen, handelt es außerordentlich folgerichtig. Im Rathaus zu Hannover hat man beispielweise erkannt, daß die strenge Einteilung der guten Deutschen in bestimmte Klassen auch vor der Tür des Wasserlofts nicht halt machen darf. Es genügt nicht, daß die Klasseneinteilung im Einflussraum, in der Wohnung, in der Kleidung, in den Standesschulen, im persönlichen Verkehr usw. zum Ausdruck kommt; wenn wir wirklich fertig werden wollen, muß sie auch bis auf den Hintern ausgedehnt werden. Es war also durchaus logisch und konsequent, daß man im Rathaus zu Hannover die drei Klassen von Wasserloftschülern schuf — Klasse A für die höheren, eine Klasse B für die mittleren und eine Klasse C für die unteren Beamten. Auch ist es nur zu loben, daß man diese ganz wohlriechende Angelegenheit mit der strengsten Sorgfalt behandelt. Bevor es beispielweise ein Beamter der Klasse B einen solchen der Klasse A, dann durfte er, solange die Verziehung währt, seinen vorübergehend gebrochenen Arm auch auf dem Klosett des besseren Menschheit entlocken. Was wir persönlich einzuwenden haben, ist lediglich, daß man auf halbem Wege stehen geblieben ist. Ganz genau denn nicht, daß durch die Benutzung des gleichen Papieres immer noch eine gefährliche Demokratierung möglich ist? Wir schließen uns folgenden Vorschlag zu machen: Den schädigen

Unterbeamten könnte sehr wohl der Lokal-Anzeiger genehmigt werden, ohne daß man gleich einen Ausbruch von Geschäftswahn zu befürchten braucht. Für die mittleren Stufen würde die national-liberale Presse eine reiche Auswahl bieten. Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung aber dürften ausschließlich mit den hohen und höchsten Beamten in Verbindung kommen.

Die sozialdemokratische Presse wäre selbstverständlich von vornherein auszuschließen.

Erdrutsch.

Madrid, 23. November. Gestern nacht fand ein Erdbeben in der Nähe des Tunnels Casarca auf der Eisenbahnlinie von Madrid nach Madrid statt. Nach meldungen einiger Zeitungen entgleiste ein Güterzug und ein nachkommender Expresszug fuhr auf den Güterzug auf. Den anderen meldungen aufzufinden wurde der Expresszug von dem Erdbeben direkt betroffen. Der Lokomotivführer des Expresszuges hat beide seine gebrochenen. Eine große Anzahl Personen ist verwundet. Ob auch Tote zu beklagen sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Letzte lokale Nachrichten.**Revolutionärer Aufstand in der Heide.**

Am 22. November 1913, nachmittags 3½ Uhr, begegnete einer Dresden Gouverneur, die mit einem elfjährigen Mädchen vom Weißen Hirten durch die Heide nach dem Wollschlag ging, eine alte weibliche Frau, die ihr erzählte, sie habe kurz vorher beim Holzhaufen einen Mann im Gehäuse liegen gesehen, der sich bei ihrem Holzhaufen plötzlich aufrichtete und einen Schuh abgegeben habe. Ob schwärz oder nur ein Schreckschuh abgegeben worden sei und aus welcher Weise auf dem Rückweg den Mitgliedern vorangestrafen wurde, daß der Gouverneur nicht weiß. Sie teilte mir noch mit, daß der Holzhaufen einen Bergwagen getragen habe. Die Gouvernante erfuhr sofort Anzeige bei der Polizei, die die ganze Umgebung des Wollschlags absuchte, aber keine Verdächtige Person antraf. Auch die Frau konnte nicht ausfindig gemacht werden. Die Kriminalabteilung erfuhr daher alle Personen, die Angaben über diese mysteriöse Angelegenheit machen können, sich im Hauptpolizeigebäude zu melden. Besonders wird die Heidestraße selbst aufgesucht, an Kritikstellen zu erscheinen. Keine wichtige Mitteilungen wird eine angemessene Belohnung ausbezahlt.

Ein neuer Trick wird von einem Schwindler angewandt, der seit einiger Zeit in Dresden auftritt. Er zieht keine Opfer in ihrer Wohnung auf, gibt ein Medikament ab und behauptet, es sei von einem anderen Schwimmer des Hauses, der gerade abwiegend sei, bestellt worden. Mit gelingt ihm sein Schwundmanöver und er erhält von ihm verlangten Preis für das wertlose Zeug, das er den Betrüger überreicht. Der Betrüger ist circa 20 Jahre alt, circa 165–170 Centimeter groß, von schwächlicher Statur, hat blondes Haar und graue Augen, lächelndes Gesicht, spricht flüssigen Dialekt und trägt Brille. Bekleidet war er mit grauem Winterüberzieher und schwarzen steifen Hut.

Ein gut nachgeahmtes Zwanzigsmarkstück mit dem Bildnis des Kaisers Wilhelm I., dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1873 ist im Umlauf. Auf der Bildseite befindet sich eine bogennförmige Linie zwischen „K.“ und „O.“ in „Reich“. Die Zwanzigmarkstücke zwischen den Randperlen unterhalb des Münzzeichens A sind ausgeföhrt. Auf der Rückseite sind der obere und untere Bogen der 8 der Jahreszahl und der obere Teil des „R.“ in „Reich“ ausgeföhrt. Vor Annahme der Halbschüsse wird hiermit gewarnt und gebeten, bei ihrem Vorkommen sofort dem nächsten Polizeibeamten Mitteilung zu machen.

Prognose der Wöchentlichen Landeswettervorhersage

für den 26. November.

Wetterlage: Ein Kühlwind holt Deutes nicht von Norden nach Süden mitten durch den Erdteil hindurch. Von Island her ist ein Querwind, von Südwest her ein Lüftsel im Anzug. Die Bewegung Deutes nach Osten bedingt einen Rückgang des Drucks. Tropen wird morgen vorwiegend heiter, trocken Wetter anhalten.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Sudweis + 2, Barbusig - 10, Brandis + 20, Melnik + 16, Lettmerig + 3, Austin + 28, Dresden - 114.

Letzte Telegramme.**Verfahrene Kämpfe.**

Tehran, 24. November. Bei Teheran, westlich von Schiras, hat ein Gefecht zwischen Gendarmerie unter persönlichem Befehl und Leuten des dortigen Stammes stattgefunden. Die Gendarmerie wurde zurückgeschlagen und flüchtete auf das Telegraphenamt, wo sie auf Verstärkungen wartet, die morgen eintreffen sollen. Der Minister des Innern ist aus Europa bisher zurückgekehrt.

Eine große Schlacht im Regio.

Newport, 24. November. Seit gestern nachmittag ist im Süden von Juarez bei Tierra Blanca eine äußerst heftige Schlacht im Gang. Es scheint dies die größte Schlacht zu sein, die seit Ausbruch des Aufstandes im Regio geschlagen wurde. General Villa verteidigt mit 7000 Mann und vier Motorrad-Mitrailleusen die Stadt Juarez, um nach Süden vorzudringen. Im Juarez selbst hat er nur Truppen von 1500 Mann zurückgelassen. Er steht auf einer Abwehr der Hohenbergen, die 3000 Mann stark war und unter Führung des Generals Vaca stand. Ein weiteres Corps der federalistischen Armee steht jedoch weiter zur Unterstützung herbei. Es entspannt sich ein furchtbare Kampf. Die federalistische Armee, die jetzt im Gefecht steht, wird auf 7000 Mann geschätzt. Kerner soll noch weitere Verstärkungen von 2500 Mann von der Abteilung des Generals Orozco eingetroffen sein. Die federalistischen Truppen führen außerdem über eine große Anzahl von Kanonen. In Juarez hört man unaufhörlich Kanonendonner.

Die Deutschen in Regio.

Regio, 24. November. Den heutigen Deutschen ist ein Kundschreiben zugegangen, das die Einzelheiten zur Organisation einer Verbündigung entwickelt. Die Deutschen, die in der Armee gebient haben, seien an der Spitze. Waffen und Munition sind reichlich vorhanden, darunter zwei Maschinengewehre. Die Österreichisch-ungarische Gesellschaft hat ihre Staatsangehörigen aufgefordert, mit der deutschen und den anderen europäischen Nationen zur Organisation einer Verbündigung zusammenzuarbeiten. Sie erklärt, die mexikanischen Truppen seien so schwach und die Wahrscheinlichkeit von Aufständen so groß, daß sie es für weise halte, Verbündigungsmäßigregeln zu treffen.

Ein historischer Bund.

Triest, 24. November. Die Stramente wurden durch eine Tropfzeit in der vergangenen Woche einer römischen Ansiedlung freigesetzt. An der freigelegten Stelle wurden verstreut unzählige altromische Keramiken und rohbraune Ziegel sowie Scherben von Tongefäßen gefunden. Der Landeskonservator von Triest erklärt,

Oeffentliche politische Versammlung. Lockwitz, Niedersedlitz u. Umg.

Mittwoch den 26. November, abends 8½ Uhr, im Unteren Gasthof, Lockwitz

Einwohner-Versammlung.

Landtagsabgeordneter Emil Nitzsche spricht über:
"Wahlumrecht und Arbeitslosenelend."

Freie Aussprache.

Einberufer: Otto Kampf, Lockwitz, Niedersedlitzer Straße 128.

Wilsdruff! Stadtverordnetenwahl!

Mittwoch den 26. November, abends 9 Uhr, im Schützenhaus

Einwohner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Gemeindewahlrechts-Bewegung.

Referent: Landtagsabgeordneter Otto Uhlig.

2. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen

Referent: Stadtvorsteher Max Zschoke.

Die Einwohnerschaft ist zu zahlreicher Teilnahme an dieser Versammlung höflich eingeladen.

Öffentliche politische Versammlung.

Der Einberufer: Paul Neumann, Friedhöfstr. 150 e.

Sozialdem. Verein für den 6. Kreis

Gesellschaftsrede:
Herr Oberstaatsanwalt Dr. Auguste 4. prahlte
der "Sozialen Wahrheit".

Gesellschaftsrede:
Herr Oberstaatsanwalt Dr. Auguste 4. prahlte
der "Sozialen Wahrheit".

Bez. Dippoldiswalde u. Umg.

Mittwoch den 26. November, abends 8 Uhr, im Goldenen Stern in Dippoldiswalde Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Arbeitslosen- und die Gemeindewahlrechtsfrage. Referent: Landtagsabgeordneter Max Winkler.

2. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtvorsteher Max Halm.

Genossinnen und Genossen! Es scheint zahlreich in dieser wichtigen Versammlung. Tragt Sorge, daß kein Mitglied der Versammlung fern bleibt.

[V63] Die Verwaltung.

Klotzsche, Rähnitz, Hellerau

Dienstag den 25. November, abends 8 Uhr im Erbgericht Klotzsche

Öffentlicher Vortrag

des Herrn Naturheilfunden A. Scholte, Weinhöhle, über:
Das Geschlechtleben in der Ehe und das Problem
des Geburtenrückgangs.

Die Teilnehmer von Dresden stellen sich zum gemeinsamen Spaziergang 7½ Uhr am Kindergarten, Sonnenblumenstraße. Abmarsch dafelbst 7½ Uhr.

Sonnabend den 29. November im Stadtsaal Tonhalle. Glacisstr.

Humoristischer Tanzabend

Anfang 7½ Uhr. Keine Beteiligung erwartet der Vorstand.

Mitglied d. Verbandes

Vogelpfleger! Beachten Sie bitte beim Kauf von Vogelfutter, daß es nicht aus Geschäftsräumen stammt, wo es mit Waren von Chemikalien usw. gelagert. Vogelfutter ist gleich Lebensmittel empfänglich für verderbliche Einflüsse. Kauf nur in durchverbreitendem Platzat feinlichen Spezialgeschäften.

Ungelände Deutschlands (e.V.)
männisch frisch gemischtes Gutes. Auch finden Sie dafelbst beim Einkauf von Vogeln, Räucherln usw. entsprechende Bekleidung. [B357]

Lehrer: Wo fühlt man sich im Winter am wohlfühlsten?

Schüler: In einem **Ulster** aus der Kleiderfabrik von Uhlig & Sohn in Döben.

Lehrer: Richtig! Ich habe mir dort einen Ulster für 36 M. inst. Stoff, Putaten und Arbeitslohn an-

fertigen lassen, darin kann ich nicht frieren. In dieser Fabrik kauft man alles billig und gut!

[K 115]

„Die blaue Maus“

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Dienstag den 25. November

Eugen Onegin

Erstes Styne in drei Aufzügen. Musik von Tchaikowski.

Musikalische Leitung: Hermann Raßbach

Carina, Tambourine, Z. L. v. Donizetti

Catona, Tambourine, Z. L. v. Donizetti

Wise, Tambourine, Z. L. v. Donizetti

Siljejana, Tambourine, Z. L. v. Chassagne

Eugen Onegin, Tambourine, Z. L. v. Chassagne

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Mittwoch: Tosca, Rigoletto, Madama Buttercup, Schubert: Freudenreiche Freunde

Donizetti: Lucia di Lammermoor, Anna Schaffet

Carafa: Der Barbier von Séville, R. W. W. Müller: Der Barbier von Séville

Dioniso: Diener des Teufels, R. W. W. Müller: Der Barbier von Séville

Verdi: Der Teufel bei Macbeth, R. W. W. Müller: Der Barbier von Séville

Verdi: Karissima, R. W. W. Müller: Der Barbier von Séville

Wise: Karissima, R. W. W. Müller: Der Barbier von Séville

Siljejana: Karissima, R. W. W. Müller: Der Barbier von Séville

Eugen Onegin: Karissima, R. W. W. Müller: Der Barbier von Séville

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr

* Onegin: Komponist: Peters, Eugen

Chassagne: der König, Goldhaar, als Ond

Leinf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr



Sächsische Angelegenheiten.

Arzte und Krankenfassen.

Am Sonnabend den 22. November fand unter Vorsitz des Ministers des Innern v. Bismarck eine Besprechung zwischen Vertretern der sächsischen Aerzteschaft und der Rentenversicherungsvertreter statt. Vom Verband sächsischer Ortsärztekammern nahmen dessen Vorstandsmitglieder Freudenreich, Burckhardt-Zittau und Järmisch-Blasen daran teil. Die Verhandlungen führten wohl zu einigen Klärungen und geschäftigem Entgegenkommen, nicht aber zu einer Vereinbarung oder gar zum Abschluß eines Vertrages. Die Ärzte müssen also nach wie vor damit rechnen, daß sie ab 1. Januar kein Vertragsverhältnis mit den Aerzten haben; sie müssen also unverzüglich gemäß § 370 der Reichsversicherungsordnung bei den Überversicherungskämmern darum antragen, statt ärztlicher Behandlung ein erhöhtes Krankengeld zu erhalten. Die Kosten tun überhaupt gut, ohne Rücksicht auf etwaige Verhandlungen mit dem Aerztekreis umgehen zu können. Den Kosten kann an einem faulen Frieden der nichts liegen. Die Kosten kommen ohne Aerzte in gar keine so gefährliche Situation. Bleiben die Regierungen neutral, nehmen sie den Kosten die volle Antwortung des § 370 der Reichsversicherungsordnung und gehen die Ministerien nur im wirklichen Notfall zum Arzt, dann werden die Aerzte wieder bald zum Frieden blosen, den auch viele Aerzte von Herzen wünschen.

Die Einschränkung des Hauferhandels

Ist auch der Sächsische Handelskammertag auf seiner Tagung in Chemnitz gefordert. Es wurden dazu folgende Beschlüsse geplatzt:

1. Der Sächsische Handelskammertag begrüßt es, wenn zum Schutze des umfassenden Händelshandels und Übergewerbes das Verbot des Hauferhandels allgemein auf Ihnen ausgedehnt und bewogen in § 56 Absatz 2 Ziffer 3 statt „Lachmühlen“ gestellt wird.

2. Auf der von Baden beantragten Ermächtigung der Landesregierung, die Erteilung des Wandeingerichtes für die zum Hauferhandel zugelassenen Waren vom Landkreis eines Bezirksrates abhängig zu machen, erklärt sich der Sächsische Handelskammertag im Interesse des sicheren Kleinhandels gleichzuverstanden, da der Hauferhandel, dessen nachteilige Folgen er vor Wirtschaftsschäden haben, bei der heutigen Entwicklung des Verkehrs, insbesondere in Sachsen, im allgemeinen entlastigt geworden ist. Ebenso befürwortet der Sächsische Handelskammertag, daß die Bestimmung in § 56 Absatz 2 Ziffer 1 Einschränkung des Betriebes auf den Bezirk, in dem der Übergewerbekreis ausgestellt ist, auch für die Fälle des § 57c gilt und daß der Wandeingerichtes durch die höhere Verwaltungsbörse des Wohn- und Aeuferhandels durch den Gewerbeaufsichtsrat des Bezirks, in dem er das Gewerbe betreibt, erzielt werden müssen werden soll. (Gemeint ist wohl § 56c, der die Auflistung von Waren auf dem Wege der Versteigerung oder im Spielzeug betrifft. Ein § 57c enthält die Gewerbeordnung v. D. Abt.)

Der Sächsische Handelskammertag verkennt dabei nicht, daß es einzelne Industrie- und Handelsunternehmen der Vertriebsform des Hauferhandels bisher in einwandfreier Weise bedient haben und die Unternehmen durch ein plötzliches Verbot oder eine Verbesserung des Hauferhandels geschädigt werden. Der Sächsische Handelskammertag hält es daher für zweckmäßig, daß nicht vom Reichstag der Wiederaufschwung gefordert wird, sondern daß die Landesregierungen ermächtigt werden, ihm zu verlangen, er beantragte darüber, daß die Landesregierungen von dieser Ermächtigung nur zur Anhörung der zuständigen Handels- und Gewerbeämter bestimmt werden, und der Wandeingerichtes nicht für den ganzen Gewerbebetrieb, sondern nur für einzelne Waren erbracht ist. Dabei erwartet der Sächsische Handelskammertag, daß die Landesregierungen die eindrückenden Bestimmungen nur mit Schwärzung längerer Zeitnahmen in Kraft setzen werden.

Doch durch eine einschneidende Veränderung des Hauferhandels viele Industrie- und Handelsunternehmungen schwer geschädigt würden, haben die Herren vom Handelskammertag selbst noch eingesehen und deshalb zuletzt ihre Beschlüsse etwas abgeschwächt. Das aber dabei nicht nur Industrie und Handelsfirmen, sondern vor allem auch die Hausherren selbst mit in Betracht kommen, deren Existenz durch die geforderten Maßnahmen stark beeinträchtigt oder ganz vernichtet werden könnte, hat der Handelskammertag gar nicht berücksichtigt. Die ärmeren Hausherren existieren anscheinend für den Handelskammertag gar nicht. Um so mehr hat aber die Regierung Erkenntnis, entschieden daran zu erinnern, daß bei Maßnahmen gegen den Hauferhandel die Existenz von Kaufleuten zu berücksichtigen ist, die seither durch den Hauferhandel ihre Existenz gefunden haben.

Staatliche Behilfen für Baugenossenschaften.

Zur Gewöhrung von Bauvorleihen an gemeinnützige Bauvereine und Baugenossenschaften waren, wie das Leipziger Tagesblatt mitteilte, in den außerordentlichen Staatshaushalt für 1910/11 und 1911/12 je 1 Million Mark, zusammen also 2 Millionen Mark benötigt worden. Hieron werden bis Ende 1918 ausgeliehen sein an die Baugenossenschaft in Thiersbach 31 000 M., dgl. in Engelsdorf 10 000 M., dgl. in Riesa 261 500 M., dgl. in Gera 58 500 M., dgl. in Roßlau 40 000 M., dgl. in Zwönitz 156 000 M., dgl. in Pirna 108 450 M., dgl. in Görlitz 61 370 M., an die Baugenossenschaft Sachsenstadt in Reichenbach 90 121 M., an die Baugenossenschaft in Dresden 220 400 M., ferner an den Kleinwohnungsbauverein in Dresden 140 000 M., an den Gemeinnützigen Wohnungsbauverein in Blaustein 63 245 M., an den Spar- und Bauverein in Leubnitz 24 000 M., an den Bauverein in Grünhain 19 908 M. und an den Bauverein in Hörselbach 10 000 M. Es sind das zusammen 1 162 300 M., so daß noch 37 700 M. zur Verfügung stehen. Die genannten Baugenossenschaften werden bis Ende 1918 insgesamt 300 Wohnungen fertiggestellt haben, die bis auf eine geringe Zahl am Anfang des Jahres 1914 bezugsfähig sein werden. Als Maßstab darauf, daß die bisher bewilligten 2 Millionen Mark nocheinmal ausgewandert sind, hat eine Angabe weiterer Gefüsse um Darlehen überbrückt bleiben müssen. Um nun einen Anhalt über die Höhe der weiter erforderlichen Mittel zu gewinnen, ist der Kapitalbedarf von vierzig Baugenossenschaften, denen hauptsächlich Eisenbahnbetriebsunternehmen vorläufig beurteilt worden. Es beträgt für Dresden 2 800 000 M., Engelsdorf 1 120 000 M., Pirna 450 000 M., Zwönitz 400 000 M., Riesa 225 000 M. und Blaustein 170 000 M., das sind zusammen 4 945 000 M. Da angenommen werden kann, daß davon 80 Prozent als erste Hypothek von der Arbeiterversicherungsanstalt geliehen und 10 Prozent den Baugenossenschaften selbst aufgebracht werden, so wären vom Staat auf zweite Hypothek etwa 40 Prozent = 1 945 000 M. zu leisten. In dem außerordentlichen Staatshaushaltsetat für 1911/12 ist demgemäß ein Betrag von rund 2 Millionen M. für diese Zwecke eingefüllt worden. Das bisherige Verfahren bei der Gewährung von Darlehen soll beibehalten werden, nur ist da-

abgesehen, mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene erhebliche Wertsteigerung des Geldes, die voraussichtlich noch längere Zeit andhalten wird, eine Erhöhung des Einsatzes von 3 auf 3½ Prozent einzutreten zu lassen.

Weitere staatliche Kohlenfelder.

Zum Zwecke des Bedarfs von Kohlen der sächsischen Staatsbahnlinien sollen weitere Kohlenfelder angekauft und bis zum Jahre 1933 hierfür rund 57 Millionen M. verwendet werden.

Dazu teilt die Zittauer Morgenzeitung noch mit, daß von den 7 Millionen, die für die nächste Finanzperiode zum weiteren Ankauf von Kohlenfeldern in den Staatsbahnlinien-Stadt eingestellt worden sind, auch das Rittergut Gießmannsdorf bei Zittau, das jetzt Herrn Rittergutsbesitzer Burghardt gehört, für 1 Million M. angelauft werden soll. Voraussichtlich werden aber die mit den Verhältnissen vertrauten Abgeordneten der Oberlausitz gegen den Ankauf des etwa 400 Hektar großen Rittergutes stimmen, wenn der Staat dafür 1 Million M. zahlen soll.

Ausfälle des Posthofes.

Im Post- und Telegraphenamt des Reichshaushaltseitst sind Grundstückskäufe und Bauten für folgende Orte Sachsen in Aussicht gehommen: Rennsteig, Dresden (Abstellbahnhof), Wohlau (Grundwerb).

M. Chemnitz. Die erste Kleinwohnhaus-Siedlung unserer Stadt wird im nächsten Jahre im Stadtteil Gablenz auf dem südlichen Gelände, dem früheren Exerzierplatz erscheinen. Die Allgemeine Bau-Genossenschaft hat von der Stadt einen Teil des Geländes künftig erworben und einen größeren Teil in Vorlaufrecht erhalten.

Zunächst sollen auf einem 11 550 Quadratmeter großen Block 18 Wohnhäuser mit 84 Wohnungen und einem Konsumladen gebaut werden. Für das Innere des Blocks sind Gärten, Kinderspielplätze, ein Fleischladen und eine Zentralwaschanlage vorgesehen. Die Grundrisszeichnung weist in jedem Geschöpfe zwei Dreizimmerwohnungen auf. Diese bestehen aus Wohnküche, Wohnzimmer, Schlafzimmer, direkt belichteten Vorraum und Innenloft; außerdem erhält jede Wohnung eine schlafbare Kammer, eine Kuppelkammer, einen großen Keller und einen Garten. Das Schlafzimmer ist der größte Raum der Wohnung, groß ist auch die Küche. Außerdem dagegen wie gewöhnlich ist das Wohnzimmer. Die äußeren Fassaden wie gewöhnlich sind Wohnzimmer. Die äußeren Fenster sollen gesäßig wirken und durch Spalierwerk, Fensterläden und Blumentöpfen reizvoll belebt werden. Die ganze Anlage wird den Eindruck einer Gartenstadt machen.

Döbeln. Hier ist eine Neugestaltung des Volkschulwesens im Gange. Der Schulausschuß hat beschlossen, die alte Bürgerschule (einfache Volkschule) aufzuhüben und eine allgemeine mittlere Volkschule zu schaffen, daneben aber eine mittlere Volkschule mit pflichtmäßigem fremdsprachlichen Unterricht bestehen zu lassen. Das Schulgeld soll künftig nach dem Einkommen festgesetzt werden.

Markneukirchen. Seit einiger Zeit sind Bestrebungen auf Errichtung einer Eisenbahn im Gange, die Markneukirchen, den Hauptort der vogtländischen Musikinstrumentenindustrie, mit der böhmischen Grenzstadt Schönbach, die gleichfalls eine hervorragende Stellung in dieser Industrie einnimmt, verbinden soll. Die beteiligten böhmischen und sächsischen Gemeinden haben rund 300 000 M. für den Bau gewährleistet.

Niesa. Die Stadtverordneten müssen sich in ihrer letzten Sitzung auf Auskünften des Reichsmilitärischfus mit mehreren Ratsvorlagen beschäftigen, die an mehreren Stellen der Stadt eine unentbehrliche Landabteilung zur Folge haben. Die neue Heeresvermehrung verlangt auch von den Gemeinden große Opfer. So wird in der Ritterreihe 1/68 ein neues Wirtschaftsgebäude gebaut. Wegen der schwierigen Geldbeschaffung nahm die Stadtverwaltung anfangs eine ablehnende Haltung ein, nachdem aber die Intendantur damit drohte, sie werde sich ans Kriegsministerium wenden, waren unsere bürgerlichen Vertreter wieder militärisch. Sie willigten ein. Der Ratsfus soll dafür 6½ Prozent Verzinsung und Tilgung nebst Erneuerungskosten übernehmen. Für die Räberne des Infanterieregiments Nr. 32 wird Riegel gebraucht für ein Reithaus und Stallgebäude. Der Wert des Landes beträgt 12 100 M. Und für die Unteroffiziere müssen Wohnungen besorgt werden. Hierzu soll die Stadt ebenfalls unentbehrlich handen. Die Stadtväter und der Bürgermeister stimmten wohl ein. Möglicherweise über die großen Ausgaben an, allein bürgerlicher Mannesmit verhindert ihnen im Interesse der Garnison und der Stadt, eine ablehnende Haltung einzunehmen. An die Wohnungsknot hat man hierbei nicht gedacht.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein verwegener Einbruchdiebstahl wurde nachts in der Superintendentur in Großenhain ausgeführt. Vermischlich haben sich die Diebe abends in das Gebäude einschlichen lassen und sind nachts durch Einschlägen der Türfüllung in die Pfarramts-Expedition eingedrungen, wobei ihnen über 100 M. Bargeld in die Hände fielen. Der herbeigerufene Polizeichef aus Niederseidau nahm die Spur bis in die Nähe des Bahnhofs auf. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Diebe zu erreichen. — Am Donnerstag abend ist vor dem Fabrikissement Battenberg in Leipzig in der Lauchaer Straße eine in L-Vignols wohnhafte Schneiderin, die mit einer anderen Frau läßt über die Straße nach der Holzstraße geben wollte, von einem Ladieb von hinten angegriffen und ungerissen worden. Die Frau ist mit dem Kopfe so ungünstig auf das Straßenplaster aufgeschlagen, daß sie eine Gehirnblutung davongetragen hat, an deren Folgen sie am nächsten Morgen gestorben ist. — Sonnabend morgen wurde in der Hans-Sachs-Straße in Chemnitz nahe dem Bahnhof ein 26-jähriger Mann aufgefunden, der schwere Verletzungen am Kopf, Arm und Rücken aufwies. Es wurde festgestellt, daß es sich um den Bogenbahndraffner Max G. aus Leipzig handelt, der einen Selbstmordversuch verübt, indem er sich auf den Bahnhofspfeiler legte. Er wurde aber von den Räumern der Lokomotive des nächsten Personenzuges zur Seite geschleudert und blieb die Nacht an der Unfallstelle liegen, von wo er ins Krankenhaus gebracht wurde. — Der 8-jährige Sohn des Malergesellen Hermann Höhler in Kommaß ist dort durch den Erdbeben gefallen, der er, um ein in den Kriegerstall des Königlichen Schlosses gefallene Spielzeug herauszuholen, in diesen eingeschlichen, jedoch immisch hängen blieb und nur als Leiche gefunden wurde. — Ein Großfeuer wütete in dem Auswein der Gewerbeaufsicht von Günther u. Co. in Auerbach i. B. Das eine Gebäude mit mehreren Ställen, Kram- und Gitterzelten brannte völlig nieder. Das Feuer sprang auf ein anderes Gebäude mit wertvollen Modellen über, das ebenfalls völlig verbrannte. — In der Nacht zum Sonnabend brannte in Treuen i. B. das sog. „Ober-Tüpfel“, die der Firmen Dr. E. Rieger, Fleischerei, Bäckerei und Appreturanstalt. Blaustein i. B. gehört, nieber. In den Fabrikationslagen, welche aus Hauptgebäude, Mittel- und Hinterbau nebst Stellbau und Wasserturbine bestehen, waren über 60 mechanische Webstühle und sieben

Schiffchenmaschinen untergebracht. Die Webstühle gehören Herrn C. A. Falper, die Schiffchenmaschinen gehören Lohnstöldern. Die Dampfmotoren- und Kreiselmotoren dürften nicht erheblich gelitten haben. Das Wohnhaus konnte erhalten bleiben. Von Haupt- und Mittelgebäude stehen nur noch die Ummauern. Sämtliche Maschinen wurden vom Feuer vernichtet.

Stadt-Chronik.

Zur Stadtverordnetenwahl!

Wie bürgerliche Blätter berichten und uns von anderer Seite direkt mitgeteilt wird, will sich der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie direkt in die Stadtverordnetenwahl mischen. Und zwar wird er in der Abteilung B (Arbeiter) mit einer eigenen Liste den sozialdemokratischen Kandidaten sogenannte nationale entgegenstellen.

Die Sache ist offenbar ganz im Guten vorbereitet worden und man glaubt vielleicht, im letzten Augenblick die Arbeiter überrumpeln zu können. Nachstes Vorgehen ist der in Abteilung D aufgestellte Fabrikant Hahner, der Vorsitzende des Reichsverbandes.

Arbeiter, laßt euch nicht überrumpeln! Agitiert für eine starke Wahlbeteiligung! Denn wir wollen nicht nur so viel wie möglich Mandate erobern, wir müssen auch Wert auf die Zahl der Stimmen legen. Das letztere ist unter dem schlechten Wahlrecht besonders wichtig! Kein Wähler darf die Ausübung seines Wahlrechts versäumen!

Die II. Altersklasse wählt Mittwoch den 26. November, die I. Altersklasse Donnerstag den 27. November.

Der II. Altersklasse sind alle die Bürger zugewiesen, die bei dem Abschluß der Wahlliste — 13. November 1913 — noch nicht zehn Jahre im ununterbrochenen Besitz des Bürgerrechts waren. Die I. Altersklasse gehören alle Bürger an, die zu dem oben angegebenen Zeitpunkte das Bürgerrecht seit länger als zehn Jahren besaßen.

Stimmberechtigt bei den Gemeindewahlen sind nur Bürger, die die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen und in der am 13. November d. J. abgeschlossenen Wahlliste eingetragen sind. Niemand darf ein mehrfaches Stimmrecht ausüben. Das Stimmrecht ist in derjenigen Klasse und Abteilung auszuüben, für welche der Wahlberechtigte in der Liste eingetragen ist.

Richt Stimmberechtigt sind: Almosenempfänger, Bürger, welche sich in Konkurs befinden, Bürger, welchen die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen worden sind, oder die sich wegen einer Handlung in Untersuchung befinden, welche die Abdankung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann oder muß, Bürger, welche die „Abentrichtung“ von Staats- oder Gemeindeabgaben, einschließlich der Abgaben zu Schul- und Armenfassen, länger als zwei Jahre ganz oder teilweise im Rückstand gelassen haben und solche, welche die Selbstständigkeit verloren haben oder die für den Erhalt des Bürgerrechts schriftliche Vorbedingungen nicht mehr erfüllen.

Gewählt wird von vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr.

Stimmzettel sind auch noch an den Wahllokalen zu haben.

Jeder Wähler geht rechtzeitig zur Wahl!

Um die Mittagsstunde herum in der Regel starker Andrang. Wer legt sich, wähle nicht um diese Zeit.

Bürger, Arbeiter! Seigt durch diese Wahl, daß Ihr bestes Interesse an den Vorgängen auf dem Gebiet des Gemeindelebens habt.

Geh in Massen zur Wahl!

Kein 10-Uhr-Ladenabschluß mehr.

Als 1908 an die Stelle des nach der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Abstimmungsverfahrens der beteiligten Geschäftsinhaber angeordnet wurde, daß der Kaufladenabend für alle Geschäfte einzutreten habe, ausgenommen jedoch an den Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen, den Werktagen vom 1. bis mit 14. Dezember und den in die Zeit vom 15. bis mit 24. Dezember fallenden Sonntagen, wurden vom Rat auch die nach § 134 Absatz 2 der Gewerbeordnung möglichen 40 Ausnahmetage mit 10-Uhr- und Neunuh-Ladenabschluß festgesetzt. Im September vorherigen Jahres wurde die Zahl dieser Ausnahmetage von 40 auf 24 verringert, nämlich 6 Ausnahmetage mit Neunuh-Ladenabschluß und 18 mit 10-Uhr-Ladenabschluß. Die Stadtverordneten erlaubten darauf den Rat, anzurufen, daß auch an diesen 18 Tagen die Geschäfte nicht wie bisher um 10 Uhr, sondern bereits um 9 Uhr abends zu schließen seien. — Vom Gewerbeamt ist eine allgemeine Umfrage bei den beteiligten Geschäftsinhabern über ihre Stellung zu der gewünschten Festsetzung der Ausnahmetage mit Neunuh-Ladenabschluß gehalten worden. Sie hat ergeben, daß von 8489 Inhabern offener Verkaufsstellen 6934 sich dafür ausgesprochen haben, daß der Neunuh-Ladenabschluß gänzlich im Wegfall komme. Der Rat hat nach diesem Ergebnis der Umfrage beschlossen, den Neunuh-Ladenabschluß an den Ausnahmetagen aufzugeben und an seiner Stelle den Neunuh-Ladenabschluß einzutreten zu lassen. Es dürfen daher künftig die offenen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Betrieb nur an folgenden Tagen bis 9 Uhr abends geöffnet bleiben: an den Werktagen vom 1. bis mit 24. Dezember, an sämtlichen Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen im Jahre, an den in die Zeit vom 15. bis mit 24. Dezember fallenden Sonntagen und an den sechs Jahrmarkttage. Bis 10 Uhr abends dürfen also die Geschäfte nicht mehr geöffnet bleiben. An den bestimmten Tagen der Gewerbeordnung des nächsten Personenverkehrs zur Seite aufgestellt und die Nacht an der Unfallstelle liegen, von wo er ins Krankenhaus gebracht wurde. — Der 8-jährige Sohn des Malergesellen Hermann Höhler in Kommaß ist dort durch den Erdbeben gefallen, der er, um ein in den Kriegerstall des Königlichen Schlosses gefallene Spielzeug herauszuholen, in diesen eingeschlichen, jedoch immisch hängen blieb und nur als Leiche gefunden wurde. — Ein Großfeuer wütete in dem Auswein der Gewerbeaufsicht von Günther u. Co. in Auerbach i. B. Das eine Gebäude mit mehreren Ställen, Kram- und Gitterzelten brannte völlig nieder. Das Feuer sprang auf ein anderes Gebäude mit wertvollen Modellen über, das ebenfalls völlig verbrannte. — In der Nacht zum Sonnabend brannte in Treuen i. B. das sog. „Ober-Tüpfel“, die der Firma Dr. E. Rieger, Fleischerei, Bäckerei und Appreturanstalt. Blaustein i. B. gehört, nieber. In den Fabrikationslagen, welche aus Hauptgebäude, Mittel- und Hinterbau nebst Stellbau und Wasserturbine bestehen, waren über 60 mechanische Webstühle und sieben

Die Flugplatzverwaltung und das Publikum.

In den Zeitblättern für die Schuljugend steht die Geschichte von dem Hölzjungen, der die Bauern mit dem Gesicht „Der Wolf! Der Wolf kommt!“ herausschreckte. Die Bauern kamen mit Flegeln und Sägen, lachten aber nur den lachenden Hölzjungen, der sich über ihre verdutzten Gesichter freute. Inseln fielen die Bauern drauf rein, als aber der Junge ein drittes Mal schrie, war der Wolf wirklich da. Diesmal kam ihm aber nicht ein

mal, den verregneten Sonntag ausgenommen, pilgerten Kunden der Flugplatz nach dem Flugplatz. Am Sonnabend wieder und wieder wimpelte die schwarze Flagge vom Dach der Luftschiffhalle den Kommenden die Stunde entgegen: Die Veranftaltung ist verschoben worden. Und wieder lehrten Kunden enttäuscht um, ärgerlich darüber, Zeit und Geld geopfert zu haben. Andere nahmen mit einem Besuch der Luftschiffhalle vorlieb und bestaunten den Dienstleib der "Sachsen". Doch das tut man einmal und auch da kommt eher die Flugplatzverwaltung auf ihre Kosten, die gemäßlich die Antrittsgelder für den Besuch der Halle einstreicht. Und so kann es der Verwaltung passieren, daß sie eines Tages umsonst ruht. Dann wird zwar der Fallschirmflieger bereit sein, aber das Publikum wird ausbleiben, weil es fürchten muß, enttäuscht zu werden.

Nun hat zwar die Flugplatzverwaltung nicht die schändliche Absicht, die Besucher einzusiegen, wie der Hütchen in der Geschichte die Bauern. Aber sie tut auch nichts, das Publikum vor einem vergeblichen Opfer an Zeit und Geld zu bestimmen. Die Farbe der Flagge auf der Halle ist erst sicher aus nächster Nähe zu erkennen und die Schreibe auf dem Rathausurm kommt für ganze Stadtgebiete überhaupt nicht in Betracht. Die Flugplatzverwaltung muß also für eine ausreichende Signalisierung in allen Stadtteilen sorgen, wenn sie sich den Zuspruch des Publikums sichern will. Die Plakate lassen sich in letzterer Zeit mit einem schon breitliegenden Streifen überkleben, auf dem rechtzeitig die nötige Verkündigung befannnt gemacht wird. Am Sonnabend ließ die Flugplatzverwaltung selbst die Presse ohne Nachricht und in der Mittagsstunde war die Verwaltung nicht einmal telefonisch zu erreichen. Stellt die Flugplatzverwaltung diese Mängel nicht bald ab, so wird sie damit rechnen müssen, daß das Publikum, das am Sonnabend noch viel zu zahlreich nach Staditz kam, die Ankündigungen überhaupt nicht mehr beachtet.

Die Flugplatzverwaltung scheint die Notwendigkeit einer besseren Signalisierung nun auch einzusehen. Sie macht heute bekannt: Die Fallschirmveranstaltung auf dem Raditzer Flugplatz soll jetzt bei der nächsten günstigen Witterung stattfinden, um ein übermaliges Verschieben zu vermeiden. Die Bekanntgabe der Fallschirmveranstaltung wird in den Morgenblättern, durch Anschlag an den Bahnsteigen und durch Aushang von Tafeln in verschiedenen Zigarettengeschäften sowie durch Aufzählen roter Scheiben auf dem Rathausurm erfolgen. Der nächste Sonntag, der 30. November, kommt für die Veranstaltung nicht in Betracht, da an diesem Tage die "Sachsen" frühzeitig nach Hamburg abfahren wird.

Verbesserungen am Hauptbahnhof.

Zum außerordentlichen Staats-Etat werden u. a. auch die Mittel zu erheblichen Renovierungen auf dem Personen-Hauptbahnhof in Dresden gefordert. Zum Teil sind die Arbeiten so dringlich, daß sie schon begonnen werden müssten, noch ehe der Landtag die Mittel bewilligt hat (!) — Die lebhafte Steigerung des Verkehrs erfordert Bahnsteighäfen zur Verbesserung der Zugabfertigung. Diesem Zwecke soll eine Vermehrung der Zugabfertigungsstellen (Bahnsteigkarten) in dem östlich der Prager Straße gelegenen Bahnsteigsteile sowie eine Erweiterung der Gleisanlagen im Westen vor der Mittelhalle dienen. Im Ostbau sollen zwei Bahnsteige, die zurzeit nur für wenige Züge der Güterwerder Linie und in einzelnen Fällen für den Ausflugsverkehr benutzt werden können, verlängert, befestigt, überdacht und mit den Bahnsteigen der Nord- und Südbahnhöfe in Verbindung gebracht werden. Ferner sollen neue Fahrtartenangaben angelegt, Gepäckräume nebst einem Gepäcktunnel hergestellt und drei Aufzüge für Gepäckkarren eingebaut werden. Bei dem bisherigen Zustande der westlichen Gleisanlagen vor der Mittelhalle des Empfangsgebäudes ist es nicht möglich, von jedem Einfahrtsgleis jeden Bahnsteig und von allen Bahnsteigen aus jedes Ausfahrtsgleis zu erreichen. Dadurch wird die Ausnutzbarkeit der vorhandenen Bahnsteige beeinträchtigt und die Abfertigung und Annahme der Güte erschwert. Um diesem in Beiden starken Verkehrs empfindlichen Mangel abzuhelfen, macht sich eine durchgreifende Veränderung der Gleise, Weichen und Sicherheitsanlagen westlich vor der Mittelhalle erforderlich. Da diese Gleisänderungen im Interesse der Betriebsicherheit unauflöslich waren, mußten sie zum größten Teil bereits im Sommer 1913 ausgeführt werden. Um diese Veränderungen wird erfüllt, sich hiermit nachträglich einverstanden zu erklären. Endlich muß aus hygienischen Gründen die gesamte Rücken- und Vorraumräume, die sich zurzeit im Kellergeschoss befindet, in einem von der Straße aus nicht sichtbaren neu hergestellenden Kubus über den Speisehallen untergebracht werden. Da die Verlegung der Rückenräume dringlich war, ist mit den Arbeiten bereits begonnen worden, wozu ebenfalls um nachträgliche Zustimmung gebeten wird. — Die Gesamtkosten aller dieser Verbesserungen belaufen sich auf 700 000 M.

Aenderungen im Straßenbahnnetzen

werden vorgeschlagen, die Stadtrat Köppen, nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter, in einer Drucksache dem Straßenbahnbausatz zugehen ließ. — Die Linie 3 soll vom Barbarossaplatz durch die Markgraf-Heinrich-, Wormer- und Bergmannstraße bis zur Schönauer Straße fortgeführt werden, um für den industriereichen Osten eine direkte Verbindung mit dem Neustädter Bahnhof herzustellen. Die Weiterführung dieser Linie über die Schönauer Straße hinaus kann erst nach dem Ausbau der Straße in jener Gegend erfolgen. Um für das neue Wohnviertel hinter dem Großen Garten eine Straßenbahnverbindung zu schaffen, soll die Linie 12 von der Grünen Wiese durch die Springstraße bis zur Winterbergstraße verlängert werden. Die Linie 18 soll vom Theaterplatz über den Postplatz, durch die Ostra-Allee, Weißeritz-, Löbtauener, Cottaer und Tröbelstraße zunächst bis zur Weißeritz und nach den erforderlichen Straßenbauten bis ins Weidental- und Kurzhausviertel weitergeführt werden. Die Linie 19 soll vom Schusterhaus über die Stadtbahn hinaus durch die Wartauer Straße bis zur Stadtgrenze verlängert werden. (Wohl nur Verlängerung der 10-Pf.-Strecke.) Als neue Stadtilinen sind geplant: Eine Linie von der Reuerstraße über den Sachsenplatz, Pirnaischen Platz und Freiberger Platz nach der Saalhauener Straße in Löbtau zur Entlastung der Löbtauener Bahnen und zur direkten Verbindung zwischen Johannstadt-Nord und der inneren Stadt, sowie eine Linie vom Altmühlplatz durch die Trips-, Reuter-, Straße, Hartkort-, Bürger- und Leipziger Straße nach dem Flugplatz. Neue Vorortlinien sind vorgesehen im Anschluß an Linie 7 von Wölfnitz nach Obergorbitz, im Anschluß

an Linie 12 von Seidnitz nach Dobritz und im Anschluß an Linie 15 von Blauen nach Coschütz, Gittersee und Burgk. Das Exposé von Stadtrat Köppen ist bisher zweimal von der Tagessordnung des Straßenbahnaußschusses abgesetzt worden, weil der Ausschuß noch weiteres Material an die zuständige Ratsabteilung, von hier an den Gesamtstab und dann noch an die Stadtverordneten gehen muß, dürfen noch einige Wochen verstreichen, ehe eine offizielle Mitteilung erfolgt. — Wir vermissen an diesen Vorschlägen die dringend nötige Verlängerung der Linie 13 vom Rathaus in Vorstadt Gotts nach der Linie 21.

Die Konzession entzogen.

Die Schankwirtin M. in Dresden, die Inhaberin einer Bier- und Weinlube ist, heiratete vor kurzem. Ihr Mann ist wegen Diebstahl im Jahre 1910 zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Als hieron die Polizei erfuhr, beschloß der Stadtrat, der Frau die Konzession zu entziehen, da die Vorstrafe des Ehemannes die Annahme rechtfertigte, daß sie ihr Gewerbe zur Förderung der Habserei mißbrauchen könnte. In dem dagegen eingegangenen Reflux wurde geltend gemacht, die Frau habe vor ihrer Verheiratung von der Vorstrafe ihres Mannes keine Kenntnis gehabt, er sei auch nur zeitweilig in der Schankwirtschaft mittätig, da er von Beruf Chauffeur sei. Das Urteil der Rekurrenz sei ein von der „besseren Herrenwelt“ befürwortetes Weinslokal, in dem Diebe und Hohler nicht zu verfechten pflegten. Ihr Mann würde somit gar keine Gelegenheit haben, im Weinslokal etwaigen unrechtmäßigen Absichten nachzugehen. Auch wurde behauptet, die Schuldfrage des Mannes in der Diebstahlsache stehe nicht zweifelsfrei fest. Der Staatsanwalt habe seinerzeit die Bestrafung des Angeklagten in das Erstmeilen des Gerichts gestellt. Ein einziger Fall der Bestrafung könne aber auch nicht genügen, anzunehmen, daß sich die Frau in dieser Beziehung von ihrem Ehemann beeinflussen lassen werde. Das Verwaltungsgericht hat den Reflux verworfen. Der Ehemann der Rekurrenz sei wegen Diebstahl rechtsschuldig verurteilt. Eine Nachprüfung der tatsächlichen Verhältnisse, die zur Verurteilung führten, durch das Verwaltungsgericht sei ausgeschlossen. Nach der standigen Rechtsprechung könne darüber kein Zweifel bestehen, daß die Ehefrau sich das annehmen lassen muß, wessen sich ihr Mann schuldig gemacht habe. Ob sie von der Bestrafung deshalb gewußt hat oder nicht, sei unerheblich, es genüge die Tatsache der Bestrafung für sich allein zu der Annahme, daß das Gewerbe zur Förderung der Habserei mißbraucht werden könne. — Dem allgemeinen Rechtsempfinden dürfte diese Rechtsprechung kaum einleuchten.

Wegeperrungen in der böhmischen Schweiz. Über die Wegeperrungen im böhmischen Elbtschen Fortstreberei bei Hermsdorf ist zwischen der Domänenverwaltung aus Teplitz und einigen Herren aus Dresdner touristischen Kreisen in Abwesenheit verschiedener österreichischer Gemeinde- und Vereinsvertretungen nach kurzer persönlicher Besprechung an Ort und Stelle eine volle Verhängung erzielt worden. Die sächsischen aufgehängten Bänke, die sich auf Freigänge des ganzen Grenzgebietes zwischen Hermsdorfschen und Mainwiese nördlich der Fahrtstraße und außerhalb der südlichen Mitte September bis Mitte Oktober fallenden Jagdzeit richten, sind ohne jede räumliche und zeitliche Einschränkung bewilligt worden.

Arbeiterverkehr. In Rücksicht auf die vorgesetzte Jahreszeit wird die Staatsbahnverwaltung die an Montagen verkehrenden Personenzüge früh 3,45 von Nossen nach Dresden (Ankunft Hauptbahnhof früh 5,15) und früh 4,00 von Dresden Hauptbahnhof nach Coswig Montag den 24. November zeitiglich in diesem Jahr ablassen. Infolgedessen wird vom Dezember an der früh 4,20 von Dresden Hauptbahnhof nach Meißen bereitstehende Personenzug auch an Montagen verkehren, ebenso wird der früh 5,32 in Dresden Hauptbahnhof fällige Personenzug von Coswig ab dann auch an Montagen von Meißen aus (Abfahrt früh 4,32) geführt werden.

Vollständlicher Kunstabend. Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstspiele veranstaltet morgen Dienstag, abends 8½ Uhr, im Volkssaal, Ostra-Allee, einen vollständlichen Kunstabend, bestehend im Gefang, Recitation und Kammermusik (Streichquartett und Harfe). Mitwirkende sind Mitglieder der königlichen musikalischen Kapelle und des Albert-Theaters. Eintrittskarten zu 50 Pf. sind an den in der Kunstablage bekannt gegebenen Stellen und an der Abendkasse zu haben.

Der Deutsche Verein für Volksküche eröffnet morgen Dienstag abend die Reihe seiner diesjährigen Wintervorträge. Herr Professor Dr. med. Kraft spricht über Wohl und Übel. Die Vorträge finden im alten Stadthausamt statt. Anfang Punkt 9 Uhr. Reditor: Genosse Rollbach. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Bauamt Wölfnitz. Für die Genossen findet Donnerstag abend in Burmanns Restaurant, Kesselsdorfer Straße, ein Unterhaltungssabend statt. Anfang Punkt 9 Uhr. Reditor: Genosse Rollbach. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Bauamt Wölfnitz. Der für Dienstag den 25. November angesetzte Diskussionsabend fällt aus und werden die Genossen erneut sich selbst an der Gruppenversammlung am 13. Dezember zu beteiligen. Genosse Stadnauer wird in dieser Versammlung einen Vortrag halten.

Kinderbuchkommission. 4. Preis. Morgen Dienstag fällt der Spieltag im Jugendheim aus, dafür bei günstiger Witterung Partie in die Heide. Proviant ist mitzubringen. Frauen sind willkommen. Treffpunkt 2½ Uhr auf dem Almabplatz, an der Erezierhalle. Diesmal werden Einlaßkarten ins Jugendheim ausgegeben.

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Neuostra. Morgen Dienstag den 26. November, abends von 5 bis 7 Uhr, findet in Müller's Gasthof in Leubnitz-Neuostra die Wahl für den Ausschuß der Ortskassenkasse statt. Kein Arbeiter, keine Arbeiterin bleibe der Wahl fern! Jeder wähle den Wahlvorschlag L. Agitiert für starke Wahlbeteiligung!

Leuben. In dem Gemeinderatsbericht in der vorigen Nummer muß es heißen: Herr Jungel, Königallee, hatte Refus bei der Amts- und Hauptmannschaft erhoben wegen Bezeichnung von Schleusenbaubeiträgen für eine noch nicht vorhandene Straße. Er ist aber abgewiesen worden, weil er die vorgeordnete Zeit zum Einspruch erheben verfügte.

Cunnersdorf. Mittwoch den 26. November im Gasthof zu Cunnersdorf öffentliche Gemeinderatsitzung. Die Tagesordnung ist auf der Gemeinde-Anzeigenfalte bekanntgegeben.

Gossebande. Eine umangenehme Entdeckung machte der Dresdner Stadtbauinspektor Wölfel. Als er seinem auf dem Hochplateau gelegenen Landhause einen Besuch abstattete, fand er darin alles erbrochen und zerstört. Die Räume sind erst durch ein Kellerfenster und dann durch eine Haltür in die Räume gelangt. Gestohlen wurden unter anderem ein goldenes Ring, ein Schreibzeug, ein halber Bentner Kepf, ferner waren Konfervenbüchsen zertrümmert sowie Weinschlösschen geplündert und verschlagen. Von der Polizei wurde eine fünftöpfige (zum Teil noch schulpflichtige) Diebesbande ermittelt, die in Gossebande wohnhaft, noch in anderen Vandhäusern gleicher Art verübt.

Niederwartha. Am Freitag abend war auf Blut Rößchenbroda der zuletzt in Rennersdorf bei Oberwartha wohnhaft gewesene Fleischer und Gelegenheitsarbeiter Ernst Gottfried Giese in hilflosem Zustande aufgefunden und nach dem Ortsgewährsam in Niederwartha gebracht worden. Am Sonnabend vormittag wurde Giese, auf seinen Wunsch vom Gemeindewerker Janke wieder entlassen, ist aber an der dortigen Wartehalle der Dampfschiffe an den Folgen eines Schlaganfalls im Strandengroben bewußtlos zusammengefallen.

Handel und Industrie.

Eisenbahnwagen.

Von den großen Bestellungen der sächsischen Eisenbahngesellschaft, die demnächst zur Vergabe gelangen, wird ein großer Teil auf die Sächsische Waggonfabrik Berlin und die Waggon- und Maschinenfabrik Görlitz in Sachsen entfallen. Beide Unternehmungen haben ihre Kunden darüber erhöhen können, da Waggonpreise für das Jahr 1913, wie bereits im August schriftlich waren, mit der Abnahme der Wagenfabrik Görlitz von 19 auf 20 Prozent seien. So erreichen denn die beiden Fabriken, zu der Erstellung von Eisenbahnwagen von der sächsischen Eisenbahn in alterster Weise herangezogen werden, mit 20 Prozent eine ungemein hohe Dividende zu beantragen, das ist auch eine überzeugende Erfahrung ist. Auch die anderen deutschen Waggonfabriken weisen beträchtliche und steigende Bruttogüte auf, nicht zuletzt wegen der gebauten Waggonabteilungen zu jenen Unternehmungen, die fortwährend über ausgediente Preise klagen.

Durchgehend halten vorliegende Waggonfabriken mit zum Abschluß der finanziellen Ergebnisse zu rechnen, doch gehen hier selbst ihre rezipierten Dividenden noch wesentlich höher als die Durchschnittsbewohner anderer industrieller Betriebe in den besten Konjunkturzeiten. Obwohl nun die Rentabilität erneut gestiegen ist, deren die erwähnten Betriebsteile über schlechte Weise an. Nun steht gegen die deutschen Staatsverwaltungen alle möglichen Vorwürfe bereit, der Vorwurf, daß sie kein Verständnis für die Profitierende des Großkapitals haben, entsteht aber sicherlich der Beginn. Wesentlich zugenommen hat der Umsatz der Waggonfabriken bei gleichzeitigem Wachstum der Konkurrenz, was erneut erweist sich denn ein zeitweise verschärftes Wettbewerb, der sich vornehmlich auf den ausländischen Märkten abspielt. Wiederholt ist bei verschiedenen Gelegenheiten bis in die jüngste Zeit hinein aus den Kreisen der beteiligten Unternehmungen erklärt worden, daß die Industriepreise im Gegensatz zu den Auslandspreisen zu niedrig liegen und sind. Bei den hohen Ansprüchen, die die Waggonfabriken an zustellende Preise zu stellen pflegen, ist das gewiß viel festzustellen.

Zu gegenwärtig die Staatsverwaltungen mit möglichst günstigen Vergaben verhören, kann nur begrüßt werden, es liegt das nicht nur im Interesse der Industrie, auch im öffentlichen Interessen könnte damit erheblich gedient werden. Wiederholte, die die Waggonfabriken durch ausgeweiteten Zusammenschluß zu erlangen suchen, dürfen dies dabei nicht gewahrt werden. Dester schon wiesen wir auf diese Kartellbestrebungen hin, fürzlich berichtete wieder anfangsblatt, daß die Verhandlungen der Waggonfabriken, die auf einen definitiven Zusammenschluß gerichtet sind, in den Gang seien und, wenn auch erst in letzter Stunde, einen Ende verbrachten. Die Schwierigkeiten in diesen Verhandlungen befinden in dem großen Gegensatz, der bisher in der Norddeutschen Wagenbauvereinigung verbündeten 15 Fabriken gegenüber den 35 jüngsten Unternehmungen, die sich zu einer Gruppe zusammengezogen hätten. Mithin bestehen also bereits zwei Kartellorganisationen in der Waggonbauindustrie. Eine außerordentliche Vorrangstellung haben die in der Norddeutschen Wagenbauvereinigung zusammengeschlossenen Betriebe, da sie von der preußischen Eisenbahnverwaltung 9 Prozent der Gesamtaufträge an Eisenbahnwagen erhalten, während die aufnehmenden Firmen nur mit 3 Prozent davon beladen sind. Über die Beteiligungsmengen an den preußischen Aufträgen scheint eine Verständigung im Prinzip erzielt worden zu sein. Auch mit belgischen und österreichischen Waggonfabriken sollen bereits Vereinbarungen stehen. Zu bestätigen ist bei der Bemessung der Preisforderungen der Waggonfabriken zurzeit, daß die wachsende Konjunktur zum letzten Preisrückgang für Rohmaterialien erbracht. Das muß natürlich bei staatlichen Bestellungen auch den Staatsbürgern zugute kommen.

Börse.

Auf die Nachfrage nach Schätzungen der Kreise verschiedener Ministerien vermochte die Tendenz an der Berliner Sonderausstellung nicht zu bestimmen, ohne daß die Beteiligung der berufsmäßigen Spezialisten über das Publikum jedoch stärker war. Einmal mehr sprach für die Aktion der staatlichen Tabakfirma und andere staatliche Werte hervor. Bei sehr kleinen Umsätzen hielt die bestreite Aussicht bis zum Schluss an. Der Präsident blieb unverändert im Projekt.

Krupp und Ehrhardt.

Vor einigen Wochen wurden in der Generalversammlung der rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik alle Anträge der Verwaltung zur Herbeiführung einer finanziellen Unterstützung des Unternehmens, die die notwendige Voraussetzung für seine Entwicklung und Erfahrung ist, von einigen Strohmänner-Ministern abgelehnt. Wir haben damals nachweisen können, daß die Verhinderung einer gezielten Entwicklung der rheinischen Metallwarenfabrik, des bekannten Ehrhardt-Unternehmens, ein Nachteil der Krupp-Gesellschaft war, die auf diese Weise ihr Monopol von neuem festigen wollte. Jetzt berichtet die Frankfurter Zeitung, daß die gescheiterte finanzielle Konstruktion der rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Regenbogenform wiederholt und bei den Strohmännern-Großaktionären nicht mehr auf Widerstand, sondern auf Zustimmung stoßen wird. Daß die Änderung der Krupp-Politik in der Angelegenheit des Ehrhardt-Unternehmens durch den Krupp-Prozeß und die Durchsetzung weiterer Erfordernisse erfolgt ist, bleibt wohl seinem Prozeß unterliegen. Über fraglich ist die Bedeutung der Aufgabe des Verbands der Krupp-Gesellschaft gegen die Projekte der rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik. Wenig wahrscheinlich ist die Annahme, daß Krupp der Ehrhardt-Fabrik den Weg freigegeben hat, während liegt die Vermutung, daß zwischen Krupp und der rheinischen Metallwarenfabrik eine Einigung zu stande kam, nachdem schon vorher mannschaftliche Differenzen beigelegt worden sind. In jedem Falle wird festzustellen sein, was die Regierung nach Kenntnis der Vorgänge in der letzten Generalversammlung der Ehrhardt-Gesellschaft untersucht, um die Unabhängigkeit dieser Werke, mit denen eine wichtige Durchbrechung des Kruppischen Monopols möglich war, im Reichsinteresse zu sichern.

Eine neue Entlastungsgründung des Reichsministers. Unter der neuen Gesetzter Steinkohlen-Bergbau-Aktiengesellschaft wurde die Lohu-Losungsschule des Hütten u. hohenlohe in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Kapital beträgt einschließlich des vorberechneten Betrag von 1 Million Mark, der zum weiteren Aufschluß der Grube dient. 3½ Millionen Mark. Außerdem werden 2 Millionen Mark einschließlich eingetragene Obligationen

ausgegeben. Auch diese Gründung erfolgt offenbar zur Sicherung der Staatsaufsicht des Reichsministers. Der Verwaltung der neuen Aktiengesellschaft gehört neben Vertretern der Deutschen Bank auch der böhmische Braunkohlenindustrie Pechschel an, der ebenfalls nicht nur die Aktienrechte einer Reihe von Braunkohlen-Gesellschaften, sondern auch einen starken Anteil an der oberpfälzischen böhmischen Werte erworben hat.

Eisenbahnwagen. Auch die Gründung erfolgt offenbar zur Sicherung der Staatsaufsicht des Reichsministers. Der Verwaltung der neuen Aktiengesellschaft gehört neben Vertretern der Deutschen Bank auch der böhmische Braunkohlenindustrie Pechschel an, der ebenfalls nicht nur die Aktienrechte einer Reihe von Braunkohlen-Gesellschaften, sondern auch einen starken Anteil an der oberpfälzischen böhmischen Werte erworben hat.

Eisenbahnwagen. Auch die Gründung erfolgt offenbar zur Sicherung der Staatsaufsicht des Reichsministers. Der Verwaltung der neuen Aktiengesellschaft gehört neben Vertretern der Deutschen Bank auch der böhmische Braunkohlenindustrie Pechschel an, der ebenfalls nicht nur die Aktienrechte einer Reihe von Braunkohlen-Gesellschaften, sondern auch einen starken Anteil an der oberpfälzischen böhmischen Werte erworben hat.

Gewährung der Auswanderer-Maten nach Nordamerika. Von

der Hamburg-America-Linie ist die sogenannte Vorbereitung nach Baltimore, Philadelphia und Boston um 10 Dollar herabgesetzt worden. Es handelt sich dabei um jene Schiffskarten, die für die Reise von Europa nach Amerika von Ausgewanderten in Amerika gekauft und am Anreiseort in die alte Heimat geschickt werden. Die Herausgabe der Schiffskarte ist in der Regel ein, wenn die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten nachlässt und damit auch der Anreis zur Auswanderung geringer wird. Auch die anderen Schiffskarten werden mit Rabattsermächtigungen folgen.

6. Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform.

n. Döbeln, 21. November.

Die Diskussion, die auf das Referat Singhamers folgte, war äußerst lebhaft und interessant. Herr Gleichauf, Abgeleiter des Döbelner Gewerbevereins, glaubte die Verbände seiner Rüttung als diejenigen hinzuholen zu müssen und zu können, denen das Hauptberufsschulden an den Fortschritten des Tarifvertragsgedankens gehabt. Dabei zählte er gleichzeitig gegen die freien Gewerkschaften, weil deren Tätigkeit vom dem Referenten wiederholt anerkannt hervorgehoben worden war. Herr Magistrat Möbius in Berlin ging tiefsinnig auf die juristischen Fragen des Themas ein und summte dabei meist dem Referenten zu.

Genosse Neipart, Vorsitzender des deutschen Holzarbeiter-Verein, wies darauf hin, daß die Abdingbarkeit nur nach Urteil des Juristen möglich sei, nicht aber nach dem Urteil des Geistes. Denn hier stelle sich deutlich der § 105 der Gewerbeordnung entgegen, der den Tarifvertrag direkt bestimmt, und der § 102 des gesetzlichen Gesetzes, der den Interessengruppen ausdrücklich das Recht eindräumen, grundsätzlich die Rechtsstellung der Arbeitsbedingungen vorzunehmen, moch noch die durch dasselbe Recht gegebene Möglichkeit komme, ja wie eine Arbeitsordnung auch einen Tarifvertrag als bindendes Recht schützen. Die Frage der Haftung sei nicht so dringlich, obwohl ihre Bedeutung gerade von seinem Verband nicht verkannt werde, da er mit einer Reihe Schadensersatzklagen der Unternehmer zu tun habe. Im übrigen müsse er noch eine Reihe Bedenken gegen die vorliegenden Vorschläge des Referenten erheben, so sehr diese auch das Beste darstellen, das in bezug darauf bisher geboten werden sei. Zunächst gelte das dem — wenn auch unter Vorbehalt gegebenen — Recht, Sonderverträge abzuschließen. Das Allgemeininteresse, von dem dabei als Rechtsgrundlage die Rede wäre, sei nämlich immer vorhanden. Zum Beispiel, wenn — um die Löhne zu drücken — in Krisenzeiten von den Unternehmern billige Aufträge angenommen würden, oder umgekehrt, wenn die Arbeiter — um höhere Löhne zu bekommen — in Zeiten der Hochkonjunktur einen Preis auf den Unternehmern aufdrücken. Gäh es erforderliche Gründe zur Rechtsfestigung besondere Verträge, dann sollte man diese Möglichkeiten gleich mit im Tarifvertrag vorsehen. So wandte sich Neipart noch gegen eine Reihe anderer Punkte. Am Schluß hob er hervor, daß die Arbeiter einer gerechten Regelung des Tarifvertrages infolge der heutigen herrschenden Rechtsprechung mit Wirkung gegenübert ständen; lieber würden sie sich mit der gegenwärtigen Lage abfinden suchen, denn so würden sie weniger, was sie hätten. Lieberhaupt gelte für die ganze Frage, daß sich die Arbeiter am besten auf ihre eigene Art kümmern; hätten sie diese nicht, dann habe auch der beste Tarifvertrag keine Bedeutung.

Herr Dr. Löwe, Syndikus des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrie, betonte mit größter Offenheit, daß die Metallindustrie keinen Tarifvertrag wollten. Diese reaktionäre Haltung führte er durch Hinweise auf die Meinung in den Lagern beider wirtschaftlicher Interessengruppen, der Unternehmer und der Arbeiter, zu bestimmen; doch zeigte sich sofort die wahren Gründe, als der Referent meinte, mit dem Tarifvertrag müßte ja schließlich der Organisationszwang eingeführt werden, und dagegen wendete sie sich. Nachdem noch ein Vertreter des christlichen Bauarbeiterverbandes gehabt und dabei das Hauptverdienst um den Tarifvertragsschluss den Christlichen zugesprochen hatte — was den Vorsitzenden zu der Bitte veranlaßte, doch zwischen den Gewerkschaftsvertretern keine Debatten darüber aufzunehmen zu lassen —, nahm

Genosse Robert Schmidt von der Generalkommission das Wort. Er wiede von vorne herein darauf hin, daß die Tariffrage nur eine Nachfrage sei, weshalb auch der Referent ganz recht daran setzt habe, das Hauptverdienst um die Förderung des Tarifvertrags den freien Gewerkschaften zugesprochen zu haben. Aus diesem Grunde würden sich auch die Metallindustriellen noch eines Vertrages befinden müssen, sofern die Arbeiter nur weiterhin so wie bisher ihre Organisation verfüllten. Er habe ebenfalls hervor, daß ein Wirkraum der Arbeiter gegen die gesetzliche Regelung des Tarifwesens bestünde, was angezweifelt der heutige Rechtsprechung gar nicht weiter wundernehmen. In bezug auf die Festung der Verbände stände es so, daß hierin allein die Arbeiter eine Garantie hätten, denn sie wären viel mehr von einer finanziellen Unterstützung abhängig als die Unternehmer, müßten sich also auch viel mehr an die Weisungen ihres Verbandes halten. Er erklärte schließlich noch, daß trotz allem einmal eine gesetzliche Regelung der Tariffrage eintreten müßte; nur wäre es dann notwendig, daß dies mit möglichst wenig Juristerei beladen würde. Im übrigen müßten die Grenzen der Abdingbarkeit möglichst eng gezogen werden, da sonst eine große Unruhe in die Gewerke kommt und so der Tarifvertrag an Wert verlieren.

Nachdem noch die Herren Goldschmidt und Gleichauf von den Döbelner Gesellschaften, sowie die Vertreter einiger anderer Verbände gesprochen hatten, wurde die Diskussion beendet.

In seinem Schlußwort betonte Herr Dr. Singhamer nochmals die hohen Verbände gerade der freien Gewerkschaften um das Tarifvertragswesen, und gab auch zu, daß die Tariffrage wesentlich von der Stärke der beiderseitigen Organisationen abhängig sei. Weiterhin schätzte er aus der Diskussion die allgemeine Anerkennung, daß der Grundgedanke des Tarifvertragsgedankens nicht in den bestehenden Gegebenen enthalten wäre, erklärte er Neiparts Standpunkt von der Möglichkeit, daß bestehende Rechte in tariffreundlichem Sinne aufzugeben zu lassen, für zu optimistisch,

und meinte endlich, daß sich die Abdingbarkeit nicht im Tarifvertrag erschöpfen ließe.

So ging diese Debatte nach einer Dauer von fünf Stunden zu Ende. Darauf wurden die Verhandlungen fortgesetzt.

Verhandlungen.

Arbeiterturner. Der Bezirksturnrat hielt am vergangenen Sonntag seine fünfte diesjährige Sitzung im Volkshaus ab. Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß sich der Dr.-Löbtauer Verein einen Spielplatz gesichert hat, der auch für Bezirksspiele genügend ist. Den Beschlüssen des Bundes, Kreises und Bezirk wird in manchen Vereinen noch nicht in der entsprechenden Weise nachgekommen; so ist es auch in der Insfall-An- und Abmeldebank. Die betreffenden Vereinsleiter, die den bestehenden Beschlüssen nicht nachkommen, sollen zum Bezirksturntag besonders aufgerufen werden. Über die Bedeutung der Kartelle für Sport- und Körperpflege wird eine Broschüre herausgegeben, um allen Geistigen, die Zweck am der Wickamkeit der Kartelle sehen, die erforderliche Aufklärung zu geben. Das Urteil, das Jögingsturnverbund in Laubegau betraf, ist nochmals zur Besprechung. Interessant hierbei war, daß der Schuhmann — wie sollte es auch anders sein — nichts soziale Vereinigung sonnen, was für eine politische Bedeutung des Vereins sprach. Das Gegenteil vielmehr mußte befürchtet werden. Dem Bericht wurden hierbei wieder einmal unsere Vereinigungen und die der Jugendbildungsbündler vor Augen geführt. Artikel der Arbeiterzeitung, die den Nachweis erbringen sollten, daß sich die Arbeiterturner mit Politik beschäftigen, könnten als Beweis für erfolgreiche Arbeit der Deutschen Turnerschaft nachgewiesen werden. Nachgefragt die Gruppenvertreter beginn, den Bezirksturnrat von allen Schulen der Behörden in Kenntnis zu setzen, in welcher Weise aller Vereinsvertreter. Einem gut verlaufenden Elternabend hat der Jögingsturnverein abgehalten; da wo die Jugendbildung an der Tagesschule sind, kann durch Elternabende (Elternvereinigungen) Trutz geboten werden. Bei Vereinsfeierlichkeiten haben uniformierte Überwachende nichts zu suchen, denn das läuft dem Rechtsgefecht wider. Strengstens müssen sich die Vereinsvertreter dekorative Anwesenheiten verbieten, eventuell Beiharde werden führen. Zwei Spielvereinigungen sind beigetreten: A.M. Phönix, Dresden, und A.M. Neuhütte. Die Berichte aus den Gruppen enthalten nichts besonders bemerkenswertes. Dem unregelmäßigen Treiben in der 2. Gruppe soll durch ein Schiedsgericht ein Ende gemacht werden. Daß Kästenregeln durch die Gruppenvertreter, wie es der Bezirksturnrat beschloß, angebracht sind, zeigt sich an einem Fall in der 3. Gruppe, und daß es der Arbeiterturnfach schädlich ist, wenn Personen an die Spitze berufen werden, die sich mit der allgemeinen Arbeiterbewegung in Widerspruch befinden, bestätigt ein Fall in der 7. Gruppe. Wie dem Bericht eine große Zeitung gesichert werden kann, die bei den zunehmenden Gründen neuerweise mehr im Nebenamt auszuüben ist, wurde in einer breiten Debatte besprochen. Eine Kommission wurde schließlich eingesetzt, die die Lösung des Problems zu bringen soll. Die entstandenen Kosten für den stattgefundenen Turnwartskursus belaufen sich pro Kämpfer auf 1,7 Pf. Die Gruppenfassier haben das Geld einzuziehen und baldmöglichst den Bezirksturnrat abzugeben. Ein Gläubermittel mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß Unkosten der Bezirksturnrat nicht entstehen, wurde genehmigt und nochmals die Sitzungen für 1914 festgelegt wurden, erfolgte Schluß der Sitzung. (Ring. 17/11.)

Freuden. Am 10. November hielt die Bahnhof-Dreieben des Proletarischen Freuden-Vereines eine öffentliche Versammlung im Rathaus Sachsen-Anhalt in Dessau über den Massenstreik gegen die Kirche sprach. Über seine Ausführungen wurde schon in anderen Versammlungen berichtet. In der Debatte forderte Genosse Meine zum Massenaustritt aus der Kirche auf. Die Versammlung war sehr gut besucht, die Herren Geistlichen waren trotz dreifacher Einladung nicht erschienen. (Ring. 17/11.)

Teleph. 14 880 [A80] Linien 5 u. 7

Tymians Thalia theater!
Görlitzer Str. 6 Anl. 8 Uhr 20 Sonnt. 3 Verstall.
Sonntags 11 Uhr Fideler Frühstück m. Vorstellung. 15, 25 u. 35 Pl.
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damencafé!
Vorsetzarten Wochentags u. Sonntags nachm. zu 10.

Auch für solche verdorbene Füsse

gibt es einen fertigen

J. Chr. Siehl

Stiefel

„Ballenheil“

L 1290] Alleinverkauf nur bei:

Neustadt

Größtes Schuhlager Dresdens.

5 Pfd. Zucker 95
feiner gemahlener
Büchstababzug 5 Pfd.

Lebende Schleie 135
Pfund

PREISERED

Dresden am Altmarkt

Eine Partie frischgerösteter
Kaffee mit 100% Arabica 95
Reklame-Preis Pfd.

Lebende Karpfen 86
Pfund

Montag bis Sonnabend Montag bis Sonnabend

Lebensmittel-Abteilung

[A 37]

Abteilung Butter u. Brot

Allerfeinste Süßrahm-	
Tafel-Butter	144
Hochfeine	Pfd.
Tisch-Butter	128
Vorzügliche, täglich frische	
Molkerei-Butter	118
Pieschener Mühlenbrot II.	4 Pfd. 48 Pf.
Dresdner Mühlenbrot II.	4 Pfd. 48 Pf.
Hamburger Schwarzbrot.	Stück 28 Pf.
Simons-Brot	Stück 26 Pf.
Pumpernickel	Paket 10 Pf.
Salzbrezeln, echte Freiburger, Kart. 18 Pf.	

Abteilung Feinster Käse

Schweizer-Käse, in volllaftig,	Pfd. 95 Pf.
Emmenthaler, das Feinste	1.15
Tilsiter, alter pikanter	88 Pf.
Edamer, I. Qualität	95 Pf.
Brie-Käse, in 1/4 Laib, Pfd. 83	95 Pf.
Limburger, hochfein, im Stein	42 Pf.
Ziegenkäse, echt Altenburger, Stück 48 Pf.	
Kummelkäse, Ja Herrnhuter	20 Pf.
Thür. " Blut- und Mettwurst Pfd. 98 Pf.	
Thüringer Stangen, echte	13 Pf.
Neuschäfeller, echt franz.	26 Pf.
Kräuter-Käse, zum Reiben	18 Pf.
Camembert, Schachtel statt 40 Pf. 25 Pf.	
Gervais, täglich frisch	Stück 26 Pf.
Roquefort, echter Franz.	Pfd. 1.80

Abteilung Fleisch- u. Wurstwaren

Prima Cassel, Rippenspeier Pfd. v. 1.— an	
Ja Speck, Pfd. 82, Hauchflosch Pfd. 95 Pf.	
Rügenwalder Zervelatwurst	1.45
Ja Zervelatwurst und Salami	1.38
Holsi.	1.70
Thür. " " "	2.—
In Leber- " Blut- und Mettwurst Pfd. 98 Pf.	
ff. Thür. Knackwurst	Pfd. 1.45
Straßb. Gänseleber-Pains, Dose	35 Pf.
Echte Straßb. Gänseleberpasteten	35 "
Russ. Salat 1/4 Pfd. 30, do. Pfd.-Glas	35 "
Halberstädter Würstchen	15 "
Regensburger Würste	26 "
Frankfurter Würstchen, große	30 "

Abteilung Konserven

Ja Melange-Marmelade, 5 Pfd. 1.75	
Stangenspargel 1 Pfd. 1.18, 1.08, 98, 88 Pf.	
do. 2 Pfd. 2.10, 1.95, 1.70, 1.58	
Brechspargel 1 Pfd. 92, 88, 75, 65, 45 Pf.	
do. 2 Pfd. 1.70, — 1.35, 1.12 —	
Splint (sandfrei), 2 Pfd. 48, 1 Pfd. 29 Pf.	
Leipziger Allerlei	1 Pfd. 60, 45 Pf.
Junge Erbsen, 1 Pfd. 65, 55, 36, 32 Pf.	
do. 2 Pfd. 100, 80, 60, 40 Pf.	
Plaumen, ohne Steine, 2-Pfd.-Dose 48 Pf.	
Erdbeeren, Ja Qualität, 2-Pfd.-Dose 38 Pf.	
Feinste Steinpilzsuppe, 2-Pfd.-Dose 45 Pf.	
Tomaten-Purée, Dose 85, 48, 30, 22 Pf.	
Dosenöffner, prakt. u. dauerh., Stek. 10 Pf.	

Abteilung Wild und Geflügel

Soeben eingetroffen: Ein Waggon feiste grosse Waldhasen

Gespickt, die stärksten 2.75
Hasenkeulen, Ja Paar von 1.50 an
Hasenstücke, prima von 1.75 an

1000 Wilde Kaninchen
Stück 1.10 bis 1.30

Hasenköpfchen	Paar 70 und 60 Pf.
Hasen-Hasenklein	25 Pf.
Bestellungen werden prompt ausgeführt.	
Reh	
Kauen, In Qual., Pfd. 1.25	
Blöcken, In Qual., Pfd. 1.40	
Ragout, In Qual., Pfd. 20 Pf.	

Abteilung Südrüchte etc.

Abteilung Kolonialwaren

Zitronen, große, dünnchal., 10 Stick. 55 Pf.	
Neue Jaffa-Orangen, 10 Stick. 83, Stick. 10 Pf.	
Jamaika-Baninen, große	Stück 7 Pf.
Almeria-Weintrauben	Pfd. 55 Pf.
Feine Tafel-Apfel	Pfd. 30 Pf.
Neue Kokos-Nusse	Stück 35 Pf.
Bozener Dauermarken	Pfd. 30 Pf.
Neue Schalmandeln	Pfd. 1.50, 1.10
Malaga-Traubenurosinen	Pfd. 1.20, 95 Pf.
Neue Französ. Wallnüsse	Pfd. 65, 55 Pf.
Sizilianer Haselnüsse	Pfd. 55 Pf.
Neue Kranzfeigen	Kranz 25 Pf.

Abteilung Fischwaren

Oelsardinen, Ja. Qual., Dose 1.15, 85, 58 Pf.	
Oelsardinen, ohne Graten	Dose 78 Pf.
Oelsardinen, o. Grüten l.Tomat., Dose	78 Pf.
Sardinen in Tomaten.	Dose 58 Pf.
Appetitsild	Dose 55, 30 Pf.
Schwedischer Gabelbissen	Dose 58 Pf.
Bismarck- und Bratheringe	Dose 52 Pf.
Geleehering, nur Mittelstücke, Dose	35 Pf.
Anchovis und Sardinen	Glas 32 Pf.
Kronenhammar	Dose 1.90, 1.65, 95 Pf.
Anchovispaste, Sardellenbutter, Tube 53 Pf.	
Delikatessheringe l.div. Sauce Dose 95, 58 Pf.	

Abteilung Weine etc.

ff. Birnebeissalt, 1/4 Fl. statt 1.30	98	95
Punsch, alkoholfrei	98	95
Tarragona	85	82
Samos (Insel)	85	82
Wermuth (deutscher)	85	82
Malaga	100	98
Sherry	100	98
Burg-Sponheimer	95	92
Medoc (Bordeaux)	95	92
St. Julian (Bordeaux)	95	92
Süßer Medizinalwein	95	92

Frisches Fleisch

Mast-Rindfleisch

Oberschale	95 Pf.
Hochrippo	90 Pf.
Gehensbrust	80 Pf.
Brettlfleisch	90 Pf.

Ia. Kalbfleisch

Kalberleberstück Pfd. 90 Pf.	
Kalbsniere	Pfd. 1.00
Kalbbrust	Pfd. 90 Pf.
Blatt 90 Pf., Kamm Pfd. 55 Pf.	

Ia. Schweinefleisch

Karree	Pfd. 1.10
Schweinskolle	Pfd. 90 Pf.
Pökkelkarren 1.10, Pökkelfleisch 85 Pf.	
Schulter 85 Pf., Bauch Pfd. 80 Pf.	
Frischer Speck	Pfd. 75 Pf.

Ia. Hammelfleisch

Hammelkeule	Pfd. 90 Pf.

<tbl_r cells="2" ix="1"

